

Wie halten Sie es mit dem Religionsunterricht?

Kandidatinnen, Kandidaten und Parteien
für die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin
am 17. September 2006
antworten auf diese Fragen

- 1 Wie beurteilen Sie die Einführung von Ethik als Pflichtfach, obwohl Eltern, Schulleitungen, Schüler und Schülerinnen, die Kirchen und andere mit Argumenten für die Freiheit der Wahl zwischen Ethik und Religions- oder Weltanschauungsunterricht eintreten?
- 2 Es wird gesagt, dass die Einführung von Ethik die Bedingungen des Religionsunterrichts nicht verändert. Was bedeutet es für Sie, wenn sich zeigt, dass dies nicht zutrifft und Religionsunterricht durch die Ausweitung des Pflichtunterrichts verdrängt wird?
- 3 Werden Sie sich aus grundsätzlichen oder praktischen Erwägungen für eine Änderung des Schulgesetzes einsetzen, so dass zwischen Ethik und Religionsunterricht gewählt werden kann?
- 4 In anderen Bundesländern wird nach und nach islamischer Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht und in Kooperation mit islamischen Gemeinschaften eingeführt. Warum kann Berlin nicht diesem Vorbild folgen und dazu den rechtlichen Status des Religionsunterrichts verändern?
- 5 Wie werden Sie die Thematik „Religionsunterricht/Ethik“ in Ihren Wahlkampfveranstaltungen berücksichtigen?

Inhalt

Einführung	3
Übersicht über die 78 Wahlkreise: Antworten von Kandidatinnen und Kandidaten	5
Antworten aus der SPD	6
Fraktion des Abgeordnetenhauses	6
Einzelne Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten	6
Antworten aus der CDU	12
Einzelne Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten	12
Antworten aus der Linkspartei.PDS	27
Landesvorstand	27
Eine Wahlkreiskandidatin	28
Antworten von Bündnis 90 / Die Grünen	29
Fast übereinstimmende Antwort mehrerer Kandidatinnen und Kandidaten	29
Einzelne Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten	30
Antworten aus der FDP	44
Einzelne Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten	44
Die Anfrage: Schreiben vom Juni 2006	51

Herausgeber und Bezug

Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
Konsistorium - Referat Religionsunterricht
Georgenkirchstraße 69, 10249 Berlin
Telefon (030) 244 34-332, Fax -333, Mail s.schultz@ekbo.de

Erzbistum Berlin
Erzbischöfliches Ordinariat - Abteilung Religionsunterricht
Niederwallstraße 8-9, 10117 Berlin
Telefon (030) 326 84-126, Fax -233, Mail religionsunterricht@erzbistumberlin.de

Bezug als Broschüre: angegebene Anschriften
PDF-Datei: www.ekbo.de oder www.erzbistumberlin.de

Einführung

„Wir wählen gern!“ ist das Motto für gemeinsame Aktionen beider Kirchen, mit denen sie für die Freiheit der Wahl zwischen Ethik und Religionsunterricht werben. Schülerinnen und Schüler sollen nach eigener Wahl an einem Fach der Fächergruppe religiöser, philosophisch-ethischer und weltanschaulicher Bildung teilnehmen können. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses (SPD, Linkspartei und die meisten Grünen) hat am 23. März 2006 stattdessen für ein Pflichtfach Ethik in den Klassen 7 bis 10 gestimmt und damit die Freiheit der Wahl verhindert.

„Wir wählen gern!“ - auch am 17. September? Welche Kandidatin, welchen Kandidaten und welche Partei? Was ist für die Stimmentscheidung der Wählerinnen und Wähler ausschlaggebend? Für viele ist die Haltung von Kandidierenden und Parteien zum Religionsunterricht ein wichtiger Aspekt ihrer Entscheidung. Denn es geht dabei um mehr als um ein gefährdetes Unterrichtsangebot; es geht um das Grundverständnis schulischer Bildung und darum, dass der Staat in Fragen der Werteorientierung und ihrer religiösen, philosophischen oder weltanschaulichen Grundlagen ein Bildungsmonopol beansprucht.

„Wie halten Sie es mit dem Religionsunterricht?“ wollten wir darum von den 390 Direktkandidatinnen und -kandidaten der fünf im Abgeordnetenhaus zurzeit vertretenen Parteien wissen. Nur ein Teil von ihnen hat sich den Fragen gestellt und persönlich geantwortet. Einige Male hat stattdessen (nur) die Partei geantwortet; andere haben zwar einzeln, doch mit abgestimmten Texten geschrieben. Die Antworten, die in dieser Broschüre vollständig dokumentiert werden, geben Einblick in ein breites Spektrum von Positionen.

Oft bleiben Fragen unbeantwortet, Antworten können zu neuen Fragen führen. Das ist hier nicht anders:

- Was sind Aufgabe und Gegenstand des Ethikunterrichts? In den Antworten der Befürworter sind unterschiedliche Positionen erkennbar. Manche Argumente begründen kaum ein neues Unterrichtsfach, andere Beiträge führen zur Frage, warum dieser Unterricht erst von der siebten Klasse an stattfindet, wieder andere meinen, durch die Einführung von Ethikunterricht werde der Religionsunterricht überflüssig.
- Wann kommen die Positionen von Eltern, Schülerinnen und Schülern – insbesondere die des Landeselternausschusses und der Landesschülervertretung – sowie die vielen Stimmen von Schulleitungen, schulischen Gremien und anderer Personen, die sich für eine Wahlpflichtregelung – auch in der Grundschule – aussprechen, zur Geltung?
- Wie wird die Möglichkeit, am Religionsunterricht teilzunehmen, tatsächlich gewährleistet, nachdem dies durch die Ausweitung der Stundenzahl vom Schuljahr 2006/07 an noch mehr erschwert wird? Die Chance, die die Einführung von Ethik bietet, nämlich Religionsunterricht als Alternative dazu anzusetzen und den Stundenplan (sowie den Bildungshaushalt) zu entlasten, ist noch nicht genutzt worden.
- Was darf der Staat in Unterricht und Erziehung aus eigener Kompetenz leisten, wo ist er auf das Zusammenwirken mit Eltern und mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften angewiesen, wo muss er den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften einen eigenständigen Raum geben, wenn im Unterricht Fragen der Grundorientierung des Lebens oder der religiösen Überzeugung zum Thema werden?

- Wann wird religiöse Bildung – die fachkundige Beschäftigung mit dem Leben und den Lehren von Religionen in der Welt, mit verschiedenen Glaubensweisen, mit eigener Religiosität – als eine eigene und unverzichtbare Aufgabe der Schule begriffen, die zwar mit Werteorientierung verbunden ist, aber über sie hinausgeht? Dass in den letzten Jahren der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht teilnehmen, kontinuierlich steigt, zeigt seine Bedeutung.

„Wir wählen gern!“ reicht über den Wahltag im September hinaus. Denn es benennt ein Grundprinzip. Allerdings muss zwischen Alternativen frei und zu ähnlichen Bedingungen gewählt werden können. Von dieser Freiheit sind die Schülerinnen und Schüler Berlins noch weit entfernt, denn sie haben keine Wahl.

Steffen-R. Schultz
Konsistorium der EKBO

Hans-Peter Richter
Erzbischöfliches Ordinariat

Berlin, 11. August 2006

Hinweis zur Wiedergabe der Antworten

Die Antworten wurden einheitlich formatiert. Originale Hervorhebungen wurden übernommen. Offensichtliche Schreibfehler oder andere Versehen wurden korrigiert, die Rechtschreibung wurde angeglichen. Anrede- und Grußformeln sowie Einleitungs- oder Schlusssätze, wenn sie nicht unmittelbar zum Thema gehören, wurden weggelassen.

Übersicht: Antworten von Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten

Wahlkreis	SPD	CDU	Linke	Grüne	FDP
Mitte					
WK 1					
WK 2	✓	✓			✓
WK 3					✓
WK 4		✓		✓	
WK 5					✓
WK 6				✓	✓
Friedrichshain-Kreuzberg					
WK 1					
WK 2					
WK 3				✓	
WK 4					
WK 5					
Pankow					
WK 1					
WK 2		✓			
WK 3					
WK 4				✓	
WK 5					
WK 6					
WK 7	✓			✓	
WK 8		✓		✓	✓
WK 9					
Charlottenburg-Wilmersdorf					
WK 1					✓
WK 2	✓				
WK 3					✓
WK 4		✓			
WK 5		✓			
WK 6				✓	
WK 7		✓			✓
Spandau					
WK 1		✓		✓	
WK 2	✓	✓		✓	
WK 3		✓			
WK 4		✓			
WK 5					
Steglitz-Zehlendorf					
WK 1		✓		✓	✓
WK 2		✓	✓	✓	✓
WK 3					
WK 4		✓			✓
WK 5		✓			
WK 6		✓		✓	
WK 7				✓	

Wahlkreis	SPD	CDU	Linke	Grüne	FDP
Tempelhof-Schöneberg					
WK 1		✓		✓	
WK 2	✓	✓			
WK 3					
WK 4				✓	
WK 5		✓			
WK 6					
WK 7					
WK 8		✓		✓	
Neukölln					
WK 1				✓	
WK 2		✓		✓	
WK 3					
WK 4		✓		✓	✓
WK 5					
WK 6	✓	✓		✓	
Treptow-Köpenick					
WK 1				✓	
WK 2				✓	✓
WK 3		✓		✓	
WK 4		✓		✓	
WK 5				✓	✓
WK 6				✓	✓
Marzahn-Hellersdorf					
WK 1					
WK 2					
WK 3					
WK 4					
WK 5				✓	
WK 6	✓				
WK 7	✓				
Lichtenberg					
WK 1				✓	✓
WK 2		✓		✓	
WK 3		✓			
WK 4		✓		✓	
WK 5		✓		✓	
WK 6					
Reinickendorf					
WK 1		✓			✓
WK 2		✓			
WK 3					
WK 4		✓			
WK 5		✓			
WK 6		✓			✓

Antworten aus der SPD

SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses

Schreiben des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion vom 19.6.2006 an Bischof Dr. W. Huber in Reaktion auf das Schreiben an die Direktkandidatinnen und Direktkandidaten der SPD in den 78 Wahlkreisen

... Die Mitglieder der SPD-Fraktion haben sich zu den vorliegenden Fragen auf eine gemeinsame Antwort der Fraktion verständigt. Aufgrund der teilweise sehr subjektiven Fragestellung erfolgt diese im Gesamtzusammenhang. Ich hoffe, dass auch auf diese Weise die Position unserer Abgeordneten deutlich wird. Ggf. werden einzelne Abgeordnete diese Stellungnahme durch individuelle Schreiben ergänzen.

Berlin ist durch seine Vielfalt an Kulturen, Religionen und Weltanschauungen geprägt. Um so mehr ist es deshalb erforderlich, Schülerinnen und Schüler im Unterricht über die grundlegenden kulturellen und ethischen Probleme des individuellen Lebens und des Zusammenlebens zu informieren – unabhängig von ihrer eigenen kulturellen oder weltanschaulichen Herkunft.

Gerade die gemeinsame Auseinandersetzung mit der eigenen Wertorientierung und anderen Weltanschauungen, Lebensauffassungen und Religionen soll die soziale Kompetenz und ethische Urteilsfähigkeit fördern. Deshalb hat die Berliner SPD die Einführung von Ethik als Pflichtfach beschlossen.

Ethik wird in den Klassenstufen 7 bis 10 schrittweise eingeführt. Eine Veränderung an den Grundschulen ist nicht vorgesehen. An den Oberschulen sind die Beteiligungsquoten am Religionsunterricht erschreckend gering. Ein Pflichtfach wird deshalb die Situation ab Klassen 7 erheblich verbessern, da eine große Anzahl der Schülerinnen und Schüler erstmalig überhaupt in einem wertevermittelnden Fach haben wird.

Grundsätzlich hält die Berliner SPD die Einführung eines Pflichtfachs Ethik für die richtige Entscheidung. Bei der Konzeption und Durchführung des Unterrichts muss aber mit den Kirchen eng zusammen gearbeitet werden. Insofern stehen die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der Verantwortung, den Ethikunterricht maßgeblich mitzugestalten und das Kooperationsangebot ernst zu nehmen. Das wird allerdings nur funktionieren, wenn der Ethikunterricht auch als Chance für die Kirchen erkannt wird, mehr Menschen als bisher mit ihren Inhalten zu erreichen.

Auch aus der aktuellen Diskussion um den islamischen Religionsunterricht ergibt sich kein Anlass, den rechtlichen Status des Religionsunterrichts zu verändern. Allerdings sind mit dem Gesetz zur Einführung des Ethikunterrichts die Voraussetzungen für die Betätigung als Religionslehrer/-in dahingehend verändert worden, dass die Beherrschung der deutschen Sprache nachzuweisen ist. Auf diesem Wege soll erreicht werden, dass Deutsch auch im islamischen Religionsunterricht Unterrichtssprache bleibt.

Wir hoffen, dass der Start des Ethikunterrichts zum Beginn des neuen Schuljahres in einer konstruktiven Kooperation auch mit Ihrer Kirche erfolgen kann und sich dadurch Vorbehalte abbauen lassen. ...

Thomas Isenberg (Mitte WK 2)

① Lassen Sie mich deutlich sagen: Gerade in einer Zeit, in der Individualisierung voranschreitet, soziale Probleme an Schärfe gewinnen und individuelle Freiheit oftmals als ein individuelles Recht auf Eigennutz statt als Chance zum persönlichen sozialen Engagement und moralische Verpflichtung zum Gemeinwohl interpretiert wird, brauchen wir verstärkte Möglichkeiten für alle Menschen in der Gesellschaft, Werte zu entwickeln und sich gemeinsam über diese zu verständigen. Als Mitglied der evangelischen Kirche weiß ich: Kirchengemeinden geben wichtige Orientierung, zeigen soziales und ethisches Profil und weisen sowohl dem Einzelnen als auch der Gesellschaft Wege in die Zukunft. Dies wird und muss auch weiterhin an unseren Schulen möglich sein.

② Gemeinschaft schafft Verständnis und Vertrauen. Gerade hier in Berlin, in einer spannenden aber auch sehr Problembeladenen Metropole, ist es wichtig, dass der Ethikunterricht als Pflichtunterricht Verständigung zwischen Menschen aller Herkunft und allen Glaubens fördert. Für mich ist aber auch klar: In der Umsetzung werde ich mich fest dafür einsetzen, dass Religionsunterricht darüber hinaus stattfindet und stattfinden kann. Das dies auch Geld kostet ist klar, aber aus meiner Überzeugung heraus unverzichtbar. Als Ihr Abgeordneter möchte ich erreichen, dass Schulen in Berlin noch besser zu Orten des „Lebens und Lernens“ ausgebaut werden. Das bedeutet: Die Verankerung im Stadtteil, beim kulturellen, sozialem und religiösen Leben der Menschen vor Ort, gemeinsame Angebote mit den vielfältigen städtischen, freigemeinnützigen oder auch privaten Initiativen und Einrichtungen müssen ausgebaut werden.

③ Ich denke, dass Schulgesetz hat einen guten Rahmen gefunden, ein solidarisches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Werte- und Glaubensgemeinschaften hier in Berlin zu fördern. Lassen Sie uns die Konzeption und Durchführung des Unterrichts als Chance begreifen, mehr Menschen als bisher auch mit kirchlichen Inhalten zu erreichen. Und: Ich wäre froh, könnten wir auch zukünftig gemeinsam mit Schulen, Kitas oder Einrichtungen der Kirchen und Wohlfahrtsverbände in freier Trägerschaft in unserer Stadtkultur gelebte Solidarität konkret erfahrbar machen und Zeichen setzen.

④ In einer demokratischen Gesellschaft ist es wichtig, keine Inseln zuzulassen, die der demokratischen Kontrolle entzogen sind. Deshalb haben wir gesetzlich festgelegt, dass die Beherrschung der deutschen Sprache erstens Voraussetzung für Lehrerinnen und Lehrer und zweitens Unterrichtssprache ist.

⑤ Wo Menschen über Sorgen, Nöte und Hoffnungen sprechen, da möchte ich dabei sein. Deshalb mache ich Hausbesuche, Kiezgespräche, Stadtteilgespräche und Foren. Ich freue mich auf das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern, gerne auch in ihren Gemeinden.

Peter Treichel (Pankow WK 7)

Ich selbst habe zwei Kinder im schulpflichtigen Alter, beide kommen nun in die dritte Klasse. Unsere Familie ist evangelisch-freikirchlich orientiert, meine Position nimmt daher eine Sonderrolle ein, denn die Möglichkeiten eines Religionsunterrichtes an den Schulen stellt sich für uns deutlich anders dar, als z.B. für die beiden großen Landeskirchen in Berlin.

Allerdings darf ich meinem Erstaunen über den eingegrenzten Fragenbereich und die Art und Weise der Fragestellung Ausdruck verleihen. Daher weiche ich auch von der Fragestellung in meiner Antwort ab und rechne hierbei auf Ihr Verständnis.

Es gibt doch deutlich mehr Bereiche, in denen gemeinsame Interessen und Arbeitsschwerpunkte bestehen. Ich bin daher überrascht, dass die Beschränkung auf die Frage des Religionsunterrichts, als maßgeblich für eine Wahlentscheidung angesehen wird.

Berlin ist durch seine Vielfalt an Kulturen, Religionen und Weltanschauungen geprägt. Um so mehr ist es deshalb erforderlich, Schülerinnen und Schüler im Unterricht über die grundlegenden kulturellen und ethischen Probleme des individuellen Lebens und des Zusammenlebens zu informieren unabhängig von ihrer eigenen kulturellen oder weltanschaulichen Herkunft. Gerade die gemeinsame Auseinandersetzung mit der eigenen Wertorientierung und anderen Weltanschauungen, Lebensauffassungen und Religionen soll die soziale Kompetenz und die ethische Urteilsfähigkeit fördern.

Deshalb hat die Berliner SPD die Einführung von Ethik als Pflichtfach beschlossen. Ethik wird in den Klassenstufen 7 bis 10 schrittweise eingeführt. Eine Veränderung an den Grundschulen ist nicht vorgesehen. An den Oberschulen sind die Beteiligungsquoten am Religionsunterricht erschreckend gering. Ein Pflichtfach wird deshalb die Situation ab Klasse 7 erheblich verbessern, da eine große Anzahl der Schülerinnen und Schüler erstmalig überhaupt Unterricht in einem wertevermittelnden Fach haben werden.

Die Berliner SPD hält die Einführung eines Pflichtfachs Ethik grundsätzlich für die richtige Entscheidung. Wir sollten den Schulen, den Schülern, Lehrern und Eltern nun zunächst Zeit geben Erfahrungen zu sammeln um dann eventuell nachzujustieren. Bei der Konzeption und Durchführung des Unterrichts muss aber mit den Kirchen eng zusammen gearbeitet werden. Insofern stehen die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in der Verantwortung, den Ethikunterricht maßgeblich mitzugestalten und das Kooperationsangebot ernst zu nehmen. Dies wird allerdings nur funktionieren, wenn der Ethikunterricht auch als Chance für die Kirchen erkannt wird, mehr Menschen als bisher mit ihren Inhalten zu erreichen.

Geben auch Sie daher bitte den Schulen die Gelegenheit Erfahrungen zu sammeln und bitte reduzieren Sie die Zusammenarbeit von Politik und Kirche nicht auf die Frage des Religionsunterrichtes.

Auch aus der aktuellen Diskussion um islamischen Religionsunterricht ergibt sich kein Anlass, den rechtlichen Status des Religionsunterrichts zu verändern. Allerdings sind mit dem Gesetz zur Einführung des Ethikunterrichts die Voraussetzungen für die Betätigung als Religionslehrer/-in dahingehend verändert worden, dass die Beherrschung der deutschen Sprache nachzuweisen ist. Auf diesem Wege soll erreicht werden, dass Deutsch auch im islamischen Religionsunterricht Unterrichtssprache bleibt.

Politik muss Entscheidungen treffen. Politik muss Mehrheiten anerkennen. Aber Politik ist nicht allein verantwortlich für die Vermittlung und Gestaltung gesellschaftlicher Werte wie Ethik, Moral und auch Religion. Hier ist die ganze Gesellschaft gefordert.

Vor meinem persönlich familiären Hintergrund - auf meiner Internetseite www.peter-treichel.de weise ich darauf hin, dass ich evangelisch bin- werde ich unsere sozialdemokratische Schulreform in der Praxis sehr aufmerksam beobachten. Aber mit der angemessenen Zeit, die eine seriöse Bewertung braucht.

Ich hoffe, dass der Start des Ethikunterrichtes zum Beginn des neuen Schuljahres in einer konstruktiven Kooperation auch mit Ihrer Kirche erfolgen kann und sich dadurch auch Vorbehalte abbauen lassen. Für weitere Fragen, auch gerne zu anderen Themen, stehe ich Ihnen auch persönlich im Gespräch gerne zur Verfügung.

Marc Schulte (Charlottenburg-Wilmersdorf WK 2)

① Ich begrüße die Einführung von Ethik als Pflichtfach ab Klasse 7. Als Geschichtslehrer beobachte ich immer wieder, wie wenig Schülerinnen und Schüler über das Christentum wissen. Selbst in einem Leistungskurs fällt es schwer, christliche Symbole, wie z.B. einen Löwen, zu entschlüsseln. Als Papst Johannes Paul II. starb, trauerten in meinem Mathematikurs zwei Schülerinnen, was bei anderen in der Klasse auf völliges Unverständnis und sogar Ablehnung stieß. Erst die **gemeinsame** Diskussion brachte Verständnis und Toleranz für die unterschiedlichen Haltungen. Das Fach Ethik, in dem **alle** Schülerinnen und Schüler einer Klasse mit und ohne Religionszugehörigkeit gemeinsam lernen, hat das Ziel die Vielfalt von Lebensentwürfen und Wertvorstellungen aufzuzeigen, aber gleichzeitig deutlich zu machen, dass eine Verständigung über einen Minimalkonsens von Werten, etwa über die Achtung der Menschenwürde, notwendig ist. Gerade die **gemeinsame** Auseinandersetzung mit der eigenen Wertorientierung und anderen Weltanschauungen, Lebensauffassungen und Religionen soll die soziale Kompetenz und die ethische Urteilsfähigkeit fördern. Der Ursprung unserer Werte in der christlichen Lehre ist unbestritten und kann am überzeugendsten mit von Menschen vertreten werden, die ihren Glauben auch leben. Wer seine Vorurteile z.B. über den Konfirmandenunterricht und die Arbeit der evangelischen und katholischen Jugend hat, kann sie nicht ausräumen, wenn er gerade bei diesen Fragen nur mit Schülerinnen und Schülern zu tun hat, die ohne Religionszugehörigkeit sind.

Die Kirchen und die Politik sind sich einig in der Frage der Notwendigkeit einer Verstärkung der Wertevermittlung. Das gelingt nicht, wenn, wie bisher, nur 26 % der Schülerinnen und Schülern den Religions- oder Weltanschauungsunterricht und damit einen Wertevermittelnden Unterricht besuchen. Und ich finde es wichtig, dass durch das gemeinsam besuchte Fach Ethik klar wird, dass es allgemeingültige, gemeinsame Werte gibt, die von allen geachtet werden müssen. Die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften können und sollen die Inhalte des Ethikunterrichts maßgeblich mitgestalten. Dies wird allerdings nur funktionieren, wenn der Ethikunterricht auch von den Kirchen als Chance erkannt wird, mehr Menschen als bisher mit ihren Inhalten zu erreichen. Der glaubensorientierte Unterricht ist eine sinnvolle und wichtige Ergänzung zum Ethikunterricht.

② Die Einbindung des Religionsunterrichts, aber auch des Ethikunterrichts in den neuen Stundenplan wird in der Tat kein einfaches Unterfangen, was bei den Gymnasien auch daran liegt, dass die Schulzeit von 13 auf 12 Jahre reduziert wird. Die Eltern- und Schülervvertretungen haben aber über ihre Mitgliedschaft in den Gremien auch Einflussmöglichkeiten bei den Grundsätzen für die Gestaltung des Stundenplans.

③ Im Moment sehe ich hierfür keine Notwendigkeit, da ich erst wissen möchte, wie das Fach Ethik „anläuft“ und die ersten gewonnenen Erfahrungen im Schuljahr 2006/2007 sind.

④ Auch aus der aktuellen Diskussion um den islamischen Religionsunterricht ergibt sich kein Anlass, den rechtlichen Status des Religionsunterrichts zu verändern. Allerdings sind mit dem Gesetz zur Einführung des Ethikunterrichts die Voraussetzungen für die Betätigung als Religionslehrer/-in dahingehend verändert worden, dass die Beherrschung der deutschen Sprache nachzuweisen ist. Auf diesem Wege soll erreicht werden, dass Deutsch auch im islamischen Religionsunterricht Unterrichtssprache bleibt.

⑤ In der Kreissynode Charlottenburg habe ich das Modell des Ethikunterrichts vorgestellt und werde auch in Zukunft das Thema ansprechen, weil für mich die Frage der Wertevermittlung ein ganz wichtiger Bereich der Bildungspolitik ist.

Raed Saleh (Spandau WK 2)

① Jede Schülerin und jeder Schüler soll sein eigenes Weltbild eigenständig entwickeln können; dies bewirkt unter anderem der Religionsunterricht in Verantwortung der Glaubensgemeinschaften. Der Ethikunterricht soll den Schülerinnen und Schülern die Auseinandersetzung mit anderen Religionen und Weltanschauungen ermöglichen und damit Toleranz und Verständigung fördern; weil gerade dies sehr wichtig ist für unsere Gesellschaft ist, haben wir den Ethikunterricht zum Pflichtfach gemacht.

② Schon heute ist ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler zu keinem Religionsunterricht angemeldet. Ein verpflichtender Ethikunterricht stellt somit eine Verbesserung dar, da viele Schülerinnen und Schüler ein wertvermittelndes Fach an der Schule besuchen werden.

③ So wie der Ethikunterricht im Moment konzipiert ist erachte ich ihn als Ergänzung, nicht als Alternative zum Religionsunterricht.

④ In Berlin wird bereits islamischer Religionsunterricht unter der üblichen staatlichen Aufsicht erteilt.

⑤ So wie ich es oben dargestellt habe: Dass der Ethikunterricht eine wichtige Ergänzung zum Religionsunterricht darstellt, wobei die Glaubensgemeinschaften bei der Gestaltung mit in die Verantwortung genommen werden sollen. Ich denke dies würde einen angemessenen Ausgleich der beteiligten Interessen bedeuten.

Lars Oberg (Tempelhof-Schöneberg WK 2)

① Ich beurteile die Einführung von Ethik als Pflichtfach ab der Sekundarstufe I an Berliner Schulen grundsätzlich positiv. Wir haben in den Bereichen Lebenskunde, Ethik und Religionslehre in den zurückliegenden Jahren wiederholt einen bestürzenden Mangel an Wissen und Kompetenzen bei Schülerinnen und Schülern feststellen müssen. Dem soll durch die Einführung des neuen Fachs Ethik entgegengewirkt werden, ohne dass der bestehende Religionsunterricht angetastet wird. Das neue Fach kann und soll den Religionsunterricht nicht ersetzen. Beide Angebote sollten sich im Idealfall ergänzen.

Die Berliner SPD hat lange darüber diskutiert, ob der Werteunterricht als Pflichtfach oder als Wahlpflichtfach eingeführt werden sollte. Mich hat letztendlich das Argument überzeugt, dass ein Werteunterricht vor allem vom Dialog und dem gemeinsamen Besuch aller Schülerinnen und Schüler lebt. Ich finde es gut, wenn konfessionell gebundenen und konfessionslose Schülerinnen und Schülern gemeinsam religiöse, ethische und wertbasierte Fragen diskutieren und dabei voneinander lernen. Dies ist aber nur durch ein Pflichtfach zu gewährleisten, an dem alle teilnehmen.

Wichtig ist mir, dass die Kirchen und Religionsgemeinschaften als zentrale Partner an der inhaltlichen Gestaltung des neuen Fachs mitwirken. So wird auch die Möglichkeit geboten für den fortbestehenden Religionsunterricht zu werben.

② Ich halte es nicht für akzeptabel, dass sich die Rahmenbedingungen für den Religionsunterricht verschlechtern. Die Schulbehörden und die Schulen sind aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der Religionsunterricht zu guten Bedingungen angeboten werden kann. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für den Religionsunterricht nicht unter der Einführung des neuen Fachs Ethik leiden. Gleichzeitig sehe ich die Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Verantwortung, einen attraktiven Religionsunterricht anzubieten, der inhaltlich nicht in Konkurrenz zum Ethikunterricht steht, sondern diesen sinnvoll ergänzt und erweitert.

③ Ich unterstütze die im Schulgesetz getroffene Regelung und werde eine Änderung weder anstreben noch unterstützen.

④ Im Berliner Schulgesetz sind die Bedingungen für den Religionsunterricht klar geregelt. Nach § 13 Abs. 2 Satz 2 SchulG sind die Träger von Religionsunterricht verpflichtet, bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Rahmenlehrpläne einzureichen, die erkennen lassen müssen, dass der Religionsunterricht den pädagogischen und fachlichen Maßstäben gerecht wird, die an den allgemeinen Unterricht gestellt werden. Darüber hinaus sind die Anforderungen an das lehrende Personal ebenfalls im Schulgesetz klar definiert. Diesen Regelungen, die sicherstellen, dass der Religionsunterricht in Berlin den von Seiten des Landes gestellten Anforderungen entspricht, unterliegt auch der islamische Religionsunterricht. Weiter wird durch unangekündigte Unterrichtsbesuche die Einhaltung der Regelungen und Standards überprüft. So konnte unter anderem erreicht werden, dass die Sprachkenntnisse der Lehrerinnen und Lehrer auf

Betreiben der Schulaufsicht deutlich verbessert wurde. Die Regelungen des Schulgesetzes stellen meiner Meinung nach sicher, dass der islamische Religionsunterricht in Berlin den definierten Anforderungen entspricht. Eine Änderung des Status des Religionsunterrichts, der alle Religionsgemeinschaften betreffen würde, halte ich für nicht notwendig. Dies würde u. a. dem Ziel widersprechen, einen gemeinsamen Werteunterricht für alle Schülerinnen und Schüler einzuführen.

⑤ Das Thema „Religionsunterricht/Ethik“ wird in meinem Wahlkampf besonders unter dem Aspekt der Information über die getroffene Regelung eine Rolle spielen. Mir ist es wichtig, dass nicht der falsche Eindruck erweckt wird, dass mit der Einführung des neuen Faches der Religionsunterricht abgeschafft werde. Ich werde dafür werben, dass sich beide Fächer (der neue Ethikunterricht und der unverändert fortbestehende Religionsunterricht) sinnvoll ergänzen und ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Wertevermittlung an den Berliner Schulen ist.

Rainer Knörr (Neukölln WK 6)

Zunächst einige Anmerkungen zur Fragestellung: Aus meiner Sicht und auch aus der Sicht der SPD Berlin gibt es deutlich mehr Bereiche, in denen gemeinsame Interessen und Arbeitsschwerpunkte besehen. Dazu zählen aus meiner Sicht u. a. Fragen wie der Status der Schulen, Kindertagesstätten oder Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände in freier Trägerschaft, das Verhältnis von Staat und Kirche, wie es durch den gerade im parlamentarischen Ratifizierungsverfahren befindlichen Staatsvertrag mit der EKBO auf eine solide rechtliche Grundlage gestellt wird oder auch Fragen der Sozial- und Menschenrechtspolitik. Insofern ist die Beschränkung auf die Frage des Religionsunterrichts bei einer Meinungsbildung für eine Wahlentscheidung nach meiner Meinung nicht richtig.

Nun zur Beantwortung der an mich gerichteten Fragen:

Berlin ist durch seine Vielfalt an Kulturen, Religionen und Weltanschauungen geprägt. Um so mehr ist es deshalb erforderlich, Schülerinnen und Schüler im Unterricht über die grundlegenden kulturellen und ethischen Probleme des individuellen Lebens und des Zusammenlebens zu informieren – unabhängig von ihrer eigenen kulturellen oder weltanschaulichen Herkunft. Gerade die gemeinsame Auseinandersetzung mit der eigenen Wertorientierung und anderen Weltanschauungen, Lebensauffassungen und Religionen soll die soziale Kompetenz und ethische Urteilsfähigkeit fördern. Deshalb hat die Berliner SPD die Einführung von Ethik als Pflichtfach beschlossen. Ethik wird in den Klassenstufen 7 bis 10 schrittweise eingeführt. Eine Veränderung an den Grundschulen ist nicht vorgesehen. An den Oberschulen sind die Beteiligungsquoten am Religionsunterricht erschreckend gering. Ein Pflichtfach wird deshalb die Situation ab Klassen 7 erheblich verbessern, da eine große Anzahl der Schülerinnen und Schüler erstmalig überhaupt in einem wertevermittelnden Fach haben werden.

Ich will und kann an dieser Stelle nicht verhehlen, dass ich mich bei den Diskussionen im Vorfeld dieser Beschlüsse und selbstverständlich bei der Abgabe meines Votums auf dem Landesparteitag immer eindeutig für die Einführung einer Wahlpflichtvariante eingesetzt habe und die beschlossene Variante ablehne.

In Berlin gilt bis heute, dass der in den Schulen angebotenen Religionsunterricht - anders als in vielen anderen Bundesländern – von den Eltern bzw. in höheren Klassenstufen von den Schülerinnen und Schülern selbst ausgewählt werden kann. Diese Möglichkeit ist in den vergangenen Jahren zu einem Problem geworden, weil die Zahl der Abmeldungen vom freiwilligen Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht massiv zugenommen hat. Gleichzeitig mussten wir feststellen, dass sich teilweise unter dem Deckmantel des Religionsunterrichts auch Organisationen einen Zugang in die Schule verschafft haben, deren Unterricht nicht immer auf der Grundlage unserer verfassungsrechtlichen Ordnung steht.

Es sind also zwei Problemstellungen zu lösen: Wie können wir es schaffen, dass alle Schülerinnen und Schüler einen Zugang zu Werte vermittelnden Unterrichtsangeboten in der Schule erhalten, und wie schützen wir die Schülerinnen und Schüler vor den Gegnern unserer Demokratie?

Die jetzt eingeführte Variante eines verpflichtenden Staatswerteunterrichts ist aus meiner Sicht keine Antwort auf die beiden genannten Problemstellungen. Es bleibt unklar, wie und von wem die für den Lehrplan notwendigen staatlichen Werte definiert werden sollen und wie eine Vermittlung dieser Werte gelingen soll, wenn damit erst in der 7. Klassenstufe begonnen wird. Wenn wir bis zur 6. Klasse alles beim Alten belassen, können sich bestimmte Wertstrukturen schon festgesetzt haben. Ich behaupte, dass die Prägungen der Grundschulzeit auch in einem Pflicht-Werteunterricht ab Klasse 7 nicht mehr korrigiert werden können. Wir können mit dem nun favorisierten Modell auch nicht die staatliche Aufsicht über den Unterricht der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften verstärken, um einen grundgesetzkonformen Unterricht zu gewährleisten.

Mein Ziel ist daher weiterhin die Einführung eines Wahlpflichtangebots, bei dem entweder das staatlich organisierte Fach oder der Unterricht einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft gewählt werden muss. Die Grundlagen für den Unterricht der Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften, also insbesondere die Lehrpläne, die Auswahl und Qualifizierung des Lehrpersonals, müssen unter der Aufsicht des Landes Berlin geschaffen werden. Nur auf diese Weise werden wir die in der Schule vorhandenen Probleme der Wertevermittlung nachhaltig lösen.

Im Übrigen meine ich, dass die Berliner SPD in der Frage des Werteunterrichts den Willen eines großen Teils der Bevölkerung aus dem Auge verloren hat. Künftig soll es nun keine Wahlfreiheit geben. Kinder, die mit den Werten einer Religion erzogen werden, muss es aber unbenommen bleiben, Werte und deren Begründung in einem entsprechenden Religionsunterricht vermittelt zu bekommen. Der Staat darf dies nicht ausschließen. Kinder, die keinen Religionsunterricht besuchen, müssen aber ebenfalls einen Werteunterricht bekommen. Dabei muss es Wahlmöglichkeit geben. Die staatliche Verpflichtung, die Religionsfreiheit zu garantieren und das Elternrecht zu respektieren, wird mit einem staatlichen Pflichtfach Werteunterricht nicht eingehalten.

Ulrich Brettin (Marzahn-Hellersdorf WK 6)

... leider ist es mir aufgrund der Vorgaben nicht möglich Ihre vorgegebenen Fragen so zu beantworten. Ich kann nicht nachvollziehen, dass dieses wichtige Thema mit „ein oder zwei Sätzen“ pro Frage zu beantworten ist. Speziell gestellte und ausgewählte Fragen haben auch manchmal den Beigeschmack des Suggestiven.

Ich sehe die Einführung des Faches „Ethik“ als wichtige Bereicherung für die heranwachsende Generation an. Nur so ist es möglich (Pflichtfach) allen Schülerinnen und Schülern wichtige Werte zu vermitteln. Zweifellos ist das auch im Religionsunterricht der Fall.

Auch meine Töchter haben daran teilgenommen. Durch die Freiwilligkeit ist der Personenkreis allerdings beschränkt. Das Elternhaus der Teilnehmer am Religionsunterricht hat sicher schon eine positive Haltung zu menschlichen Werten.

Durch das Pflichtfach werden alle Kinder in den Genuss der Wertevermittlung kommen. Auch nicht christlich erzogene Menschen werden etwas über unsere Kultur und Glauben erfahren und ihre mögliche einseitige Erziehung wird unterbrochen. Menschlichkeit, Fairness, Ehrlichkeit und andere Tugenden werden allen Schülern näher gebracht. Was ist daran schlecht?

Ich begrüße ausdrücklich den Fortbestand des christlichen Religionsunterrichtes an den Schulen, obwohl Eltern, Schulleitungen, Schüler und Schülerinnen und andere eine klare Trennung von Kirche und Staat, also eine Christenlehre in kircheneigenen Räumen zu eigenen Kosten vordern. Eine Rechtfertigung für den Religionsunterricht in unseren Schulen begründe ich mit den kulturellen Wurzeln unseres Landes. Deshalb stehe ich der Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes an den Schulen kritisch gegenüber und befürchte dadurch eher eine Integrationshemmung. Wenige Sätze und die Beantwortung von 5 Fragen werden dem Thema nicht gerecht. Gern stehe ich Ihnen für einen weiteren Gedankenaustausch zur Verfügung. Ihr etwas einseitig formuliertes Schreiben und der Hinweis auf das Wahlverhalten der Bürger Einfluss zu nehmen, verärgert möglicherweise Ihnen wohl gesonnene Kandidaten. Ich hätte Ihr Schreiben auch ohne die Gefahr auf eine Liste „Keine Antwort“ zu kommen, beantwortet.

Christoph Huhn (Marzahn-Hellersdorf WK 7)

- ① Ich stehe auf dem Standpunkt, dass Ethik kein Pflichtfach sein sollte und werde mich für die Abschaffung einsetzen
- ② Ich halte christlichen Religionsunterricht als einen wesentlichen Bestandteil unserer Kultur.
- ③ Ja
- ④ Ich sehe eine Notwendigkeit klare Regeln für den Islamischen Religionsunterricht einzuführen.
- ⑤ Ja

Antworten aus der CDU

Claudia Hilse (Mitte WK 2)

- ① Die Einführung von Ethik als Wahlpflichtfach wäre besser gewesen. So wird Religionsunterricht an den Rand der Stundentafel gedrängt werden.
- ② Dann wird dieses Thema erneut im Schulausschuss des Abgeordnetenhauses und weiteren Gremien diskutiert werden.
- ③ Ja.
- ④ Es ist wohl keine Frage des Könnens.
- ⑤ Veranstaltungen haben dazu bereits in der Vergangenheit stattgefunden. Das Thema wird in den Wahlprogrammen (Land und Bezirk) behandelt.

Volker Liepelt (Mitte WK 4)

- ① Ich bin für die Wahlfreiheit zwischen den Wahlpflichtfächern Ethik/Philosophie und Religion. Hierfür hat sich die CDU auch im Abgeordnetenhaus durch verschiedene Initiativen eingesetzt. Der vom jetzigen Senat eingeführte Ethikunterricht ist für eine Werteerziehung, die auf den Grundlagen der christlichen, abendländischen Geschichte beruht, unzulänglich.
- ② Angesichts der Anforderungen in der Berliner Schule besteht natürlich die Gefahr einer latenten Verdrängung. Damit haben sich die Bedingungen für den Religionsunterricht deutlich verschlechtert.
- ③ Ja, selbstverständlich werde ich auch künftig die o. g. Ziele verfolgen und nunmehr für eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes eintreten.
- ④ Ich bin sehr für einen Islamunterricht in Berlin, das den genannten Modellen anderer Bundesländer entspricht und unter staatl. kontrollierbaren Rahmenbedingungen in Kooperation mit geeigneten Institutionen durchgeführt wird.
- ⑤ Das Thema Religionsunterricht ist nicht nur Bestandteil des Wahlprogramms der CDU-Berlin und manifestiert sich auch in den Aussagen von Friedbert Pflüger, sondern ist auch Teil des Kommunalwahlprogramms in Berlin-Mitte, darüber war es bereits Schwerpunkt mehrerer bildungspolitischer Gespräche und wird auch im Mittelpunkt einer geplanten schulpolitischen Veranstaltung im September sein.

Jürgen Bornschein (Pankow WK 2)

- ① Ich persönlich trete dafür ein, dass es die Schüler und Eltern die Möglichkeit haben zwischen den Fächern Religion und Ethik zu wählen.
- ② Wie bereits in der ersten Frage dargestellt stehe ich für eine Gleichberechtigung der Bildungsangebote Ethik und Religion. Eine Verdrängung des Religionsunterrichts aus Berliner Schulen halte ich für inakzeptabel.
- ③ Ja.
- ④ Bei dieser Frage stehe ich auf der Position der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, die bereits im Februar 2006 einen Antrag zur entsprechenden Änderung des Schulgesetzes einbrachte.

⑤ Die Schwerpunkte meiner politischen Arbeit liegen im Bereich Stadtentwicklungs- und Energiepolitik, so dass ich in der Wahlkampfphase andere Aspekte setzen werde. Nichtsdestotrotz werde ich die oben dargestellte Haltung öffentlich mit Nachdruck vertreten.

Andreas Appelt (Pankow WK 8)

① Es ist scharf zu kritisieren, zumal sich die Frage stellt, warum Berlin so große Angst vor dem Religionsunterricht hat.

② Ich fürchte um die Bedeutung von Religionsunterricht, dies reiht sich dann ein in die jahrelangen Bemühungen des Senats den Religionsunterricht mehr und mehr die Grundlagen zu entziehen.

③ Ja – eine Änderung des Schulgesetzes ist dringend notwendig.

④ Sollte es - Anerkennung der Lebenswirklichkeit.

⑤ Diskussionsveranstaltungen zum Thema – Bibel-Verteilaktion zum Schulanfang

Helmut Heinrich (Charlottenburg-Wilmersdorf WK 4)

① Ich lehne die zwangsweise Einführung von Ethik als Pflichtfach ab und trete für die Wahlfreiheit ein.

② Ich halte es für zwangsläufig, dass der Religionsunterricht durch die Einführung von Ethik als Pflichtfach weitgehend verdrängt wird. Eine Befreiung zu beantragen, wie es das Bundesverfassungsgericht nahelegt, macht diese Schülerinnen und Schüler schnell zu Außenseitern, was im Sinne der Macher dieses Gesetzes sein dürfte.

③ Deshalb gehört das Schulgesetz so schnell wie möglich wieder geändert. Zwischen Religion und Ethik muss frei gewählt werden können.

④ Berlin könnte dem Vorbild anderer Bundesländer durchaus folgen. Nur - die rot-rote Koalition will aus ideologischen Gründen nicht.

⑤ Ich werde mich für meine Position im Wahlkampf und danach stets einsetzen.

Peter L. H. Schwenkow (Charlottenburg-Wilmersdorf WK 5)

① Ich stehe auf dem Standpunkt, dass Religion und Ethik gemeinsam als Wahlpflichtfächer eingesetzt werden sollten. Denn es gibt ja auch Schüler bzw. Eltern welche keiner Glaubensrichtung zugeordnet werden können.

② Eine Verdrängung findet doch heute schon statt. Denn oftmals wird an den Schulen der Religionsunterricht ab der 7./8. Stunde oder sogar später angesetzt. Durch die einseitige Einführung von Ethik als Wahlpflichtfach, wird dieser Zustand sogar noch verstärkt. Einen Antrag auf Befreiung vom Fach Ethik als Hintertür ist nicht der beste Weg, sondern die Gleichstellung beider als Wahlpflichtfächer.

③ Aus Grundsätzlichen. Denn Religion ist auch die Basis für eine Werteerziehung.

④ Die CDU-Fraktion hat dies ja versucht, doch ist leider durch einen Mehrheitsentscheid gescheitert. Denn gerade in einer Stadt wie Berlin hätte dies durchaus einen Sinn gemacht.

⑤ Bei Interesse einzelner Bürger werden wir dieses thematisieren.

Stefanie Bung (Charlottenburg-Wilmersdorf WK 7)

- ① Die Einführung des Ethikunterrichts ab der 7. Klasse halte ich für falsch. Das vom rot-roten Senat zu verantwortende Gesetz ist ideologisch einseitig ausgerichtet und deshalb nicht zu rechtfertigen. Eine vernünftige Lösung sah dagegen der alternative Gesetzentwurf der CDU-Fraktion vor, der ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik unter staatlicher Kontrolle ab der ersten Klasse einführen wollte. Leider wurde er von der rot-roten Koalition ohne durchgreifende Begründung abgelehnt und damit eine weiteres Mal eine Chance vertan, die Werteerziehung in der Berliner Schule auf die Wurzeln der abendländischen Kultur zu beziehen.
- ② Mit der Einführung des obligatorischen Ethikunterrichts besteht die große Gefahr, dass bei der hohen Arbeitsbelastung in der Sekundarstufe immer weniger Schüler am Religionsunterricht teilnehmen werden. Daher setze ich mich für ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik ein. Zumindest muss die Möglichkeit einer Befreiung vom Ethikunterricht eingeführt werden, wie sie das Bundesverfassungsgericht bei der Ablehnung der Verfassungsklage einer Schülerin aufgezeigt hat.
- ③ Ja. Beim Ethikunterricht kann es nur um reine Wissensvermittlung gehen, während nach meiner Überzeugung die Schule ohne Erschwernisse auch einen Unterricht anbieten sollte, der der Vermittlung von Glauben und seiner Festigung dient.
- ④ Der von der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag zur Schulgesetzänderung hat u. a. dieses Ziel verfolgt. Wie bereits oben bemerkt wurde er aber durch die Mehrheit der roten-roten Regierungsfractionen und der Fraktion der Bündnis90/Die Grünen abgelehnt.
- ④ Ich werde über die Problematik des Ethikunterrichts informieren und für ein gleichberechtigtes Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik werben. Bei den evangelischen und katholischen Kirchengemeinden aus unserer Gegend habe ich angeregt, einen Diskussionsabend mit den Wahlkreiskandidaten zu diesem Thema zu veranstalten. Die Veranstaltung findet am 6.9., 20 Uhr in der Kirchengemeinde St. Marien statt.

Karsten Schulze (Spandau WK 1)

- ① Ich halte die Einführung des Ethikunterrichts als Pflichtfach für eine falsche Entscheidung, da der bisherige Religionsunterricht hierdurch entwertet wird. Die Wahlmöglichkeit zwischen Religionsunterricht oder Ethik, wobei der Besuch eines der beiden Fächer zur Pflicht gemacht werden sollte ist aus meiner Sicht daher der richtige Weg, um die Grundwerte unserer Gesellschaft zu vermitteln.
- ② Es zeigt eindeutig, dass die Entscheidung des SPD/PDS-Senats falsch ist, da der Religionsunterricht nun von den Schülerinnen und Schülern als zusätzlich angesehen wird und, da freiwillig, dann nicht mehr wahrgenommen wird. Zudem überschneiden sich teilweise die Lehrinhalte beider Fächer.
- ③ Ich werde mich nach der Wahl dafür einsetzen, dass das Schulgesetz entsprechend geändert wird.
- ④ Ohne Spezialist im Schulrecht zu sein, sehe ich keinen erkennbaren Grund diesem Beispiel anderer Bundesländer nicht zu folgen.
- ⑤ Ich werde versuchen diese Thema in den Diskussionen, insbesondere mit Lehrern, Eltern und Schülern immer wieder aufzugreifen.

Bettina Meißner (Spandau WK 2)

- ① Ich bedauere die Einführung des Pflichtfaches Ethik im Schuljahr 2007/2008 ab Klasse 7, weil dadurch eine große Lösung für ein breiteres Unterrichtsangebot in der Werteerziehung leichtfertig vergeben wurde.
- ② Ich glaube, dass der Religionsunterricht angesichts der zusätzlichen zeitlichen Belastungen der Schülerinnen und Schüler noch stärker um seine Anerkennung kämpfen muss. Es wird nur über ein verbessertes und verändertes inhaltliches Angebot eine größere Akzeptanz erreichen.

- ③ Grundsätzlich begrüße ich die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion und Ethik. Die Fächerung und die Inhalte sollten von den Kirchen und Verbänden gemeinsam erarbeitet werden.
- ④ Ich unterstütze eine Erweiterung des Religionsangebotes.
- ⑤ Auf entsprechende Fragen werde ich eindeutig antworten.

Matthias Brauner (Spandau WK 3)

- ① Durch die Einführung des Pflichtfaches Ethik ist die Chance vertan worden, Religion als eigenständiges Pflichtfach zu etablieren. Wie wichtig dies ist, zeigt die aktuelle Entwicklung an den Schulen. Der rot-rote Senat hat dadurch die Chance auf eine große Lösung für ein breiteres Unterrichtsangebot in der Wertevermittlung leichtfertig vergeben.
- ② Ich denke, dass durch die Einführung des Ethik Unterrichts für viele Schüler das Thema „Religionsunterricht“ abgehakt ist. Das Wahlpflichtfach Religion wird es sehr viel schwerer als jetzt haben. In einer christlich abendländischen Gesellschaft ist es ein inakzeptabler Zustand, dass wir es den Schülern eher schwieriger machen sich mit der christlichen Religion auseinander zu setzen als leichter. Für mich gibt es hier nur die Lösung Religion und Philosophie/ Ethik als Wahlpflichtfächer anzubieten. Dafür hat und wird sich die CDU vehement einsetzen.
- ③ Da ich viele Jahre in Hessen erlebt habe und dort das Fach Religion Pflichtfach ist, das bis zum Abitur angeboten wird, setze ich mich aus Überzeugung und eigener Erfahrung für Religionsunterricht als Pflichtfach neben Philosophie/ Ethik ein.
- ④ Für mich ist das Handeln des rot-roten Senates angesichts der bekannten Situation einiger Koranschulen nicht verständlich. Der von der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag zur Schulgesetzänderung vom Februar 2006 hat genau diesen rechtlichen Vorgaben entsprochen, wurde aber durch die Mehrheit der roten-roten Regierungsfractionen und der Fraktion der Bündnis90/Die Grünen abgelehnt. In der neuen Wahlperiode werden wir diese Positionen wieder einnehmen.
- ⑤ Ein gleichberechtigtes Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik ist für mich ein zentrales Anliegen und ein erklärtes Ziel unseres Spitzenkandidaten Dr. Friedbert Pflüger.

Heiko Melzer (Spandau WK 4)

- ① Ethik als Pflichtfach ohne Wahlmöglichkeit unterstütze ich nicht. Die CDU und auch ich persönlich streitet für Werte und Religion in der Schule. Deshalb ist aus meiner Sicht die Einführung eines Wahlpflichtbereichs mit den Fächern Religion oder Ethik/ Philosophie der richtige Weg. Die Bedeutung der Religion und des Religionsunterrichts würde damit Rechnung getragen werden, eine Wahlmöglichkeit bliebe erhalten.
- ② Die Hoffnung, das Interesse für den Religionsunterricht bliebe identisch, kann ich nicht teilen. Die wenigsten von uns haben während ihrer Schulzeit an freiwilligem Unterricht teilgenommen, dies wird weder heute noch bei dem Fach Religion anders sein.
- ③ Eine solche Wahlmöglichkeit entspricht meiner Überzeugung. Im Berliner Abgeordnetenhaus werde ich mich für eine dementsprechende Gesetzesänderung stark machen.
- ④ Gegen Islamkunde unter staatlicher Aufsicht, durch geschultes Personal und in deutscher Sprache ist aus meiner Sicht nichts einzuwenden.
- ⑤ Meine Meinung zu diesem Thema werde ich immer offen äußern. Neben dem hohen Stundenausfall (600.000 Schulstunden jährlich) halte ich die de facto Abschaffung des Religionsunterricht für eine zweite bildungspolitische Bankrotterklärung von Rot-Rot um Herrn Wowereit.

Cerstin Richter-Kotowski (Steglitz-Zehlendorf WK 1)

- ① Die CDU-Fraktion hat einen alternativen Gesetzentwurf eingebracht, der ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik unter staatlicher Kontrolle ab der ersten Klasse vorsah. Trotz einer Anhörung von Experten im Schulausschuss und einer intensiven öffentlichen Diskussion, an der sich lediglich die Vertreter der Regierungskoalitionen kaum beteiligten, wurde dieser Entwurf im Parlament abgelehnt. Ich persönlich habe schon in vergangenen Wahlperioden durch mein Engagement im Parlament zur Einführung eines Wahlpflichtfaches noch unter der großen Koalition immer wieder meine Meinung zu diesem Thema deutlich gemacht.
- ② Schon in der Vergangenheit wurde der Religionsunterricht gerade in der Sekundarstufe in die Randstunden abgedrängt. Durch die Einführung des Pflichtunterrichts, der schon jetzt nur zu Lasten anderer Fächer eingeführt wird, wird sich dieser Trend noch verstärken. Gerade deshalb haben wir uns als CDU für die Einführung eines Wahlpflichtfaches ausgesprochen und werden dies auch weiterhin tun.
- ③ Ja, selbstverständlich.
- ④ Der von der CDU-Fraktion eingebrachte Gesetzesentwurf hat gerade auch den islamischen Religionsunterricht beinhaltet, wurde aber auch insofern von der Regierungskoalition und der Fraktion Bündnis90/Grüne abgelehnt.
- ⑤ Bei vielen Bürgergesprächen ist auch die Einführung des Pflichtfaches Ethik ohne Wahlmöglichkeit immer wieder ein Thema. Zudem gibt es im Kreisverband Steglitz-Zehlendorf ein eigens dafür entwickeltes Wahlplakat, das auch in meinem Wahlkreis selbstverständlich aufgestellt wird. Ein gleichberechtigtes Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik bleibt auch in der neuen Wahlperiode ein zentrales Anliegen der CDU-Fraktion.

Joachim Luchterhand (Steglitz-Zehlendorf WK 2)

- ① Ich stehe für die Einführung eines wertevermittelnden Wahlpflichtfaches mit Religion oder Ethik.
- ② Höhere Stundenzahl führt zur Verdrängung des Religionsunterrichts; deshalb der Einsatz der CDU für ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik.
- ③ Mit Nachdruck, ja!!
- ④ Die CDU-Fraktion hat im Antrag zur Schulgesetzänderung vom Februar 2006 genau diesen rechtlichen Vorgaben entsprochen. Leider Ablehnung durch „Rot/Rot“ und „Grüne“.
- ⑤ In den Wahlkampfaussagen ist es für die CDU und der eigenen Person ein wichtiges Anliegen, für ein gleichberechtigtes Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik zu kämpfen.

Cornelia Seibeld (Steglitz-Zehlendorf WK 4)

- ① Den im kommenden Schuljahr als verpflichtend eingeführten Ethikunterricht ab der 7. Klasse halte ich für falsch. Unabhängig von der Frage, dass der rot-rote Senat mit der Einführung des Faches Ethik selbstverständlich ideologische Ziele verfolgt, halte ich es auch für gesellschaftspolitisch bedenklich, unseren Schülern die eigenen christlichen Wurzeln nicht mehr bewusst zu machen. Insbesondere und auch für Kinder, die aus ihrem Elternhaus keine christlich geprägte Erziehung mitbekommen, halte ich es für unverzichtbar, dass diese im Rahmen des Schulunterrichts zumindest ein Grundwissen um die christlichen Werte vermittelt bekommen. Wie soll eine Gesellschaft, die sich ihrer Wurzeln und Werte nicht mehr bewusst ist, gegenüber ausländischen Mitbürgern glaubhaft Respekt vor der eigenen Religion sowie dem eigenen Kulturkreis einfordern können?
- ② Zunächst ist hier zu sagen, dass ich die Aussage des rot-roten Senats, sowie des Schulsenators Bögers, die Einführung des Ethikunterrichts würde an den Bedingungen des Religionsunterrichts nichts verändern, für unzutreffend halte. Auf Grund der hohen Stundenzahl und der insgesamt hohen Belastung der Schüler in den Oberschulen ist bereits jetzt mit hoher Wahrscheinlichkeit absehbar, dass der nach wie vor

angebotene Religionsunterricht auf die Randstunden beziehungsweise die Nachmittagstunden verlegt werden wird. Realistischerweise ist zu befürchten, dass Schüler, die – solange der Religionsunterricht in die übrigen Stunden eingebetet lag an diesem teilgenommen haben – den Religionsunterricht als zusätzliches Fach in den Randstunden nicht mehr belegen werden. Zumindest sollte auf Antrag eine Befreiung einzelner Schüler vom Ethikunterricht zu Gunsten des Religionsunterrichts möglich sein.

③ Diese Frage kann ich uneingeschränkt mit „Ja“ beantworten. Allerdings werde ich mich keinesfalls aus praktischen Erwägungen für eine Änderung des Schulgesetzes im Hinblick auf ein Wahlpflichtfach Religion einsetzen, sondern auf Grund meines christlich geprägten Werteverständnisses sowie meines christlichen Glaubens. Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass sich Abgeordnete der Partei, die das „C“ in ihrem Namen führt, für eine christliche Erziehung an unseren Schulen einsetzt und für einen unverzeihlichen Fehler, dass sowohl SPD als auch PDS dies gegen den Widerstand zum Teil aus den eigenen Reihen – wie beispielsweise des ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse – nicht umsetzen wollten.

④ Die Frage, warum der islamische Religionsunterricht nicht unter staatlicher Aufsicht gestellt wird und in Kooperation mit islamischen Gemeinschaften durchgeführt wird, müssten Sie den regierenden Parteien, der SPD sowie der PDS, stellen. Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat diese Forderung bereits erhoben und wird auch nach den Wahlen am 17. September 2006 an dieser Position weiterhin festhalten. Selbstverständlich ist es im Interesse erfolgreicher Integration, den islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht zu stellen. Insbesondere dürfen an deutschen Schulen keine gewaltverherrlichenden oder extremistischen islamistischen Positionen gelehrt und vertreten werden.

⑤ Die CDU hat in ihrem Wahlprogramm die Gleichberechtigung von Religions- und Ethikunterricht als Wahlpflichtfach gefordert. Dies werde auch ich selbstverständlich auch in meinem persönlichen Wahlkampf tun. Ausgesprochen erfreulich wäre es, wenn sich die katholische sowie die beiden evangelischen Kirchengemeinden in meinem Wahlkreis bereit erklären würden, zu diesem Thema eine Diskussionsveranstaltung mit den Gemeindemitgliedern und mir durchzuführen. Ich würde diese Frage bereits aus eigenem Interesse gern mit den Gemeindemitgliedern diskutieren und auch meine persönliche Position sowie die Auffassung der CDU in Berlin hierzu darlegen.

Ich denke, dass aus meinen vorstehenden Ausführungen deutlich geworden ist, dass ich die Einführung eines Wahlpflichtfachs Religion neben dem Fach Ethik/Philosophie persönlich wie auch aus der Sicht der CDU für unerlässlich und ausgesprochen wichtig erachte. Ich möchte keinesfalls, dass zukünftige Generationen in Berliner Schulen zwar allgemeine philosophische Kenntnisse sowie Wissen über die Weltreligionen vermittelt bekommen, ihre eigenen christlichen Wurzeln jedoch nicht mehr kennen.

Oliver Friederici (Steglitz-Zehlendorf WK 5)

① Gegen den Willen von Eltern, Schulleitungen, Schülerinnen und Schüler zu arbeiten und zu entscheiden, hat bei SPD und PDS Methode. So wird man nicht nur keine Sympathie ernten, sondern andernfalls diesen Personenkreis weiter vor den Kopf stoßen und Ihnen weiter das Gefühl geben, sie aus rein ideologischen Gründen nicht ernst nehmen zu wollen. Gleichfalls will der Berliner Senat sich gerne reformfreudig geben, insbesondere der Schulsenator K. Böger: Die Ergebnisse sieht man ja unter anderem bei der Rütli-Schule, bei PISA und weiteren Vergleichstest im Bildungsbereich, Gewalt und Kriminalität.

Ich bin dezidiert Ihrer Auffassung, meine Fraktion und ich haben dies ja auch im Schulabschluss des Berliner Abgeordnetenhauses mehrfach kundgetan, entsprechend gehandelt, parlamentarische Initiativen zur Abstimmung gestellt, die alle, unisono von SPD und PDS abgelehnt worden sind.

② Die in dem zweiten Satz Ihrer Fragestellung gemachte Aussage wird zutreffen. Daher werden wir, wenn wir als CDU künftig den Berliner Senat stellen werden, dem Religionsunterricht wieder den Stellenwert einräumen, den er verdient: Neben der Vermittlung von kirchlichem und biblischem Wissen, der Herkunft, der Geschichte, auch als Werteorientierung, als Handlungsrahmen und Leitbild einer kirchlichen Werteerziehung. Dies ist ja auch in Berlin nötig. Ich verweise in diesem Zusammenhang gerne auf unser Wahlprogramm, welches Sie bitte unter www.cdu-berlin.de sich bei Interesse abrufen mögen.

③ Ja, selbstverständlich. Das ist unsere und meine Auffassung, um den Ethikunterricht dann wieder zu beenden.

④ Das kann ich Ihnen nicht sagen, denn leider regieren in Berlin SPD und PDS. Ich vermute auch hier rein ideologische Gründe. Möglicherweise musste die PDS in der Koalition befriedigt werden, um in ihren ideologischen Zirkeln mal mit Beispielen von Durchsetzungskraft in einer Koalition zu brillieren: auf Kosten der Betroffenen Lehrer, Eltern, Schülerinnen, Schülern und der Kirchen.

⑤ An den in meinem Wahlkreis mehrmals in der Woche turnusmäßig stattfindenden öffentlichen Wahlinformationsständen ist diese konkrete politische Fragestellung häufig ein Thema. Nicht nur bei Eltern und Schülern, auch bei älteren Menschen, vereinzelt auch bei jüngeren Wählerinnen und Wählern. Denn auch nach dem Empfinden der Bürgerinnen und Bürgern möchte der jetzige Berliner Senat aus SPD und PDS eine staatliche Werteerziehung, eine beliebige und natürlich aus sozialistischer Sicht atheistische. Bei Fragestunden, Bürgergesprächen und Informationsveranstaltungen sowie im schriftlichen Austausch (Brief/Email) habe ich bereits und werde ich weiter ebenfalls so argumentieren, siehe auch die vorgenannten Aussagen.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (Steglitz-Zehlendorf WK 6)

① Ich halte die Einführung des Ethikunterrichts für eine ideologisch motivierte Rolle rückwärts zur Verdrängung eines Wahlpflichtfaches Religion.

② Die Verdrängung von Religionsunterricht ist angesichts der normalen Arbeitsbelastung von Schülerinnen und Schüler zwangsläufig und auch gewollt. Den Menschen sollte die Befassung mit Religion abgewöhnt werden.

③ Ja

④ Weil Rot-Rot das nicht will, s. o.

⑤ Ich habe das Problem einmal thematisiert in einer Podiumsdiskussion im Juni in der Domäne Dahlem. Am 23.08., 20.00 Uhr, Bürgersaal des Rathauses Zehlendorf geht es erneut um Schulpolitik.

Monika Thamm (Tempelhof-Schöneberg WK 1)

① Ich habe mich vehement dafür eingesetzt, dass das Fach „Religion“ bzw. „Ethik“ als wahlweises Pflichtfach eingeführt wird.

② Als ehemalige Schulleiterin weiß ich, dass freiwillige Wahlfächer gerne als sog. Randstunden dem regulären Wochenstundenplan als 7./8. bzw. 9./10. angehängt werden. Das ist aus stundenplantechnischen Gründen oftmals auch anders nicht möglich. Aber welche/r Schüler/in möchte gerne um 15.00 Uhr noch in der Schule hocken? Ich wollte das - in Erinnerung an meine Schulzeit - auch nicht gerne. Mit dieser Verdrängung in die Eckstunden ist das Aus für den Religionsunterricht m. E. vorprogrammiert. Das Argument: „Man muss sich seine Überzeugung eben etwas kosten lassen.“, ist für junge Menschen im Regelfall eine „zu schwere Kost“. Für seine Überzeugung einzustehen, Nachteile in Kauf zu nehmen, ist etwas, was ein Mensch mit den Jahren erst lernen muss bzw. sollte. Damit nehme ich auch Bezug auf die dritte Frage.

③ Es gehört zu meinen Grundsätzen, dass Schule die Aufgabe hat, den ihr anvertrauten Schüler/innen neben dem Erlernen von Grund- und Fachwissen auch die Reife zu vermitteln, mündige, tolerante, selbstverantwortliche und zur Selbsterkenntnis und -bestimmung fähige Menschen zu werden. Dazu ist es m. E. unerlässlich, die religiösen Wurzeln der eigenen Existenz kennenzulernen.

④ Das Fach „Religion“ gilt m. E. nicht nur für christliche Religionen, sondern auch für andere Glaubensrichtungen. Selbstverständlich ist der Unterricht in deutscher Sprache, nach einem vom Senator für Schulwesen genehmigten Lehrplan und in Übereinstimmung mit allen die Schule betreffenden Gesetze und Vorschriften durchzuführen. Traditionelle Gebete können selbstverständlich in Originalsprache gelehrt werden. Falls eine Schule wegen zu geringer Schülerzahl die Stunde nicht zur Verfügung stellen kann, sollte sie mit einer benachbarten Schule kooperieren. Das ist in solchen Fällen ein übliches Verfahren.

⑤ Ich habe meine Haltung zu diesem Thema in allen von mir besuchten Veranstaltungen – egal, ob sie parteilich oder überparteilich organisiert waren – stets vertreten und werde dies auch weiterhin tun.

Markus Klaer (Tempelhof-Schöneberg WK 2)

① Ich bin der Meinung, dass unseren Kindern die christlich-abendländischen Werte so früh wie möglich, also spätestens ab der ersten Klasse, vermittelt werden müssen. Ab dem 12.-14. Lebensjahr sind die Kinder bereits moralisch zu sehr gefestigt. Deshalb kommt ein Werteunterricht ab der 7. Klasse deutlich zu spät. Zu unseren Werten gehört auch die Religionsfreiheit als Grundrecht. Daher muss jeder das Recht haben, zwischen einem konfessionsgebundenen Religions- und alternativ einem Ethikunterricht zu wählen. Dazu gehört auch die Einführung eines staatlichen Islamunterrichts. Im staatlichen Religionsunterricht muss aber auch immer der Bezug zu den Werten des Grundgesetzes genommen werden. Dies bezieht sich z. B. auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Ablehnung von Zwangsehen. Daher setze ich mich weiter für ein staatliches Wahlpflichtfach Ethik-Philosophie/Religion ab der ersten Klasse ein. Dies erfordert auch zwingend qualifizierte Lehrkräfte.

② Die Bedingungen des Religionsunterrichtes werden sich verschlechtern. Der Religionsunterricht liegt zudem meistens auf den Randstunden und ist dadurch unattraktiv, insbesondere bei der zunehmenden Stundenzahl und Arbeitsbelastung in der Sekundarstufe. Auch deshalb werde ich mich weiter für ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik ab der ersten Klasse einsetzen.

③ Sowohl als auch. Die Vermittlung von Werten bei stringenter Beachtung der Religionsfreiheit ist mir ein sehr wichtiges Anliegen.

④ Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat mit der vorgeschlagen Schulgesetzänderung vom Februar 2006 genau dieses versucht. Ich werde auch weiterhin auf eine entsprechende Gesetzesänderung hinwirken. Islamunterricht muss weg aus den Hinterhöfen, rein in die Schule unter staatlicher Aufsicht, aber in Kooperation mit den islamischen Gemeinschaften.

⑤ Die Vermittlung von Werten in unserer Schulen ist mir ein zentrales Anliegen. Ich werde mich gem. meiner Überzeugung weiterhin auch und gerade im Wahlkampf für ein staatliches Wahlpflichtfach Religion/Ethik einsetzen.

Florian Graf (Tempelhof-Schöneberg WK 5)

① Durch die Einführung von Ethikunterricht ab der Klasse 7 als Pflichtfach ohne Wahlmöglichkeit wird ein ideologischer einseitiger Weg beschritten, den ich für falsch halte. Leider wurde der alternative Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik unter staatlicher Kontrolle ab der ersten Klasse einzuführen, ohne inhaltlich überzeugende Argumente abgelehnt.

② Die zunehmende Stundenzahl und Arbeitsbelastung in der Sekundarstufe werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verdrängung des Religionsunterrichts führen. Die Politik ist deshalb weiterhin gefordert, dies zu verhindern. Aus diesem Grunde werde ich mich auch künftig für die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion und Philosophie/Ethik einsetzen.

③ Ja, ich werde mich aus grundsätzlichen Erwägungen für die Vermittlung von Werten auf der Grundlage von Religionsunterricht in der Schule für ein wichtiges Fundament unserer Gesellschaft halte.

④ Die CDU hat hierzu Anfang dieses Jahres einen Antrag zur Schulgesetzänderung in das Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht, der genau diesen rechtlichen Vorgaben entsprochen hat. Allerdings haben die Regierungsfaktionen SPD und PDS sowie die Fraktionen der Bündnis90/Die Grünen diesen Antrag abgelehnt.

⑤ Ein gleichberechtigtes Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik ist für die Berliner CDU und für mich ein zentrales Anliegen, für das ich mich öffentlich im Wahlkampf und im künftigen Berliner Abgeordnetenhaus einsetzen werde.

Nicolas Zimmer (Tempelhof-Schöneberg WK 8)

- ① Der vom rot-roten Senat eingeführte Ethikunterricht ab der 7. Klasse ist ideologisch einseitig, setzt in seiner Verbindlichkeit zu spät ein und wird durch zu wenig qualifizierte, pädagogische Fachkräfte umgesetzt. Der alternative Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/ Ethik unter staatlicher Kontrolle ab der ersten Klasse einzuführen, wurde von der rot-roten Koalition ohne inhaltlich überzeugende Argumente abgelehnt und damit ein weiteres Mal eine Chance vertan, die Werteerziehung in der Berliner Schule auf Wurzeln der abendländischen Kultur zu beziehen.
- ② Bei der zunehmenden Stundenzahl und Arbeitsbelastung in der Sekundarstufe wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Verdrängung des Religionsunterrichts eintreten. Deshalb haben wir uns von Anfang an für ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun. Den Weg, eine Befreiung vom Ethikunterricht zu beantragen, wie ihn das Bundesverfassungsgericht bei der Ablehnung der Verfassungsklage einer Schülerin aufgezeigt hat, halten wir für das Mindestmaß.
- ③ Ja. Allerdings wäre für die weitere parlamentarische Arbeit für das Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik eine starke Unterstützung seitens der Kirchen wünschenswert.
- ④ Der von der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag zur Schulgesetzänderung vom Februar 2006 hat genau diesen rechtlichen Vorgaben entsprochen, wurde aber durch die Mehrheit der roten-roten Regierungsfractionen und der Fraktion der Bündnis90/Die Grünen abgelehnt.
- ⑤ Ein gleichberechtigtes Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik bleibt zentrales Anliegen aller Mitglieder der Fraktion der CDU und ist ein erklärtes Ziel unseres Spitzenkandidaten Dr. Friedbert Pflüger.

Ralf Reppert (Neukölln WK 2)

Wie Nicolas Zimmer (Tempelhof-Schöneberg WK 8)

Dr. Robbin Juhnke (Neukölln WK 4)

- ① Ich verurteile die Einführung als falsch. Diese Entscheidung führt nicht zu einer stärkeren Maßgabe von Werten, sondern ist lediglich eine Augenwischerei, die die – vor allem von der PDS – betriebene Abschaffung des Religionsunterrichtes in seiner bekannten Form kaschieren soll. Die Rahmenpläne für das neue Fach sind viel zu unverbindlich. Es handelt sich hier um einen ideologischen Feldzug.
- ② - ④ In einer weitgehend säkularisierten und multiethnischen Stadt wie Berlin ist der Religionsunterricht eine wesentliche Säule zur Vermittlung von Grundwerten und Toleranz vor anderen Religionen für ein Miteinander ohne herabsetzende Gedanken. Ein sinnvoller Weg ist die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion, wie ja auch von der CDU in der Diskussion um die rot-rote Schulreform sowie im Wahlprogramm gefordert. Soweit zu den grundsätzlichen Gründen. Eine Einführung des Wahlpflichtfaches hat aber auch praktische Gründe: mit einem Wahlpflichtfach könnte auch den islamistischen Tendenzen in freien Koranschulen mit einem staatlich verantworteten Islamkundeunterricht begegnet werden. Gerade in Berlin, mit seinem hohen Potential für die Entstehung von Parallelgesellschaften, ist hier ein dringender Handlungsbedarf zu erkennen.
- ⑤ Das Thema wird in Bürgergesprächen behandelt, da es die wesentlichen, die Bürger bewegenden Fragen Schule, Werte in der Gesellschaft und Integration betrifft.

Sascha Steuer (Neukölln WK 6)

- ① Ich bin für ein Wahlpflichtfach Ethik/Religion. Daher habe ich bei den Beratungen zum Schulgesetz bereits einen Gruppenantrag mitinitiiert, um die Koalition mit ins Boot zu bekommen, leider ohne Erfolg. Als Neuköllner Abgeordneter geht es mir auch darum, den weitgehend unkontrollierten Islamunterricht durch ein staatliches Angebot endlich kontrollieren zu können.

- ② Ich gehe davon aus, dass nur wenige Schüler an beiden Angeboten teilnehmen werden, der staatliche Ethikunterricht wird auf Kosten des Religionsunterrichts stattfinden.
- ③ Das habe ich bereits gemeinsam mit der CDU-Fraktion mehrmals getan. Wir werden auch in der Zukunft nicht locker lassen.
- ④ Ich meine, dass das absolut notwendig ist. An Schulen, die jetzt Religionsunterricht der islamischen Föderation haben, sind Tendenzen der Desintegration zu beobachten, höre ich. Abmeldungen vom Schwimmunterricht und von Klassenfahrten können wir nicht dulden. Natürlich muss es neben christlichem Religionsunterricht auch islamischen geben, aber bitte aufgeklärt und kontrolliert.
- ⑤ Das Thema gehört in jede bildungspolitische Debatte und in jede Publikation.

Katrin Vogel (Treptow-Köpenick WK 3)

- ① Ich bin strikt gegen die Einführung von Ethik als Pflichtfach. Nach meiner Ansicht sollte jeder Schüler die Wahl treffen können, ob er an Religionsunterricht oder Ethik teilnimmt. Es stellt sich weiterhin die Frage, wie Werte vermittelt werden sollen, wenn man in der 7. Klasse erst damit anfängt. Ein Wahlpflichtfach Religion/Ethik ab der 1. Klasse halte ich für sinnvoller.
- ② Ich gehe davon aus, dass sich die Bedingungen des Religionsunterrichtes durch die Einführung von Ethik als Pflichtfach verschlechtern werden. Wir als CDU werden uns weiterhin konsequent für die Einführung des Wahlpflichtfaches Religion und Ethik einsetzen. Vorerst wird es aber an Ihnen und Ihren Lehrkräften liegen, inwieweit Sie durch qualitativ hochwertigen Unterricht Schüler zur Teilnahme am Religionsunterricht motivieren können.
- ③ Ja. Allerdings wäre für die weitere parlamentarische Arbeit für das Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik eine starke Unterstützung seitens der Kirchen wünschenswert.
- ④ Der von der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag zur Schulgesetzänderung vom Februar 2006 hat genau diesen rechtlichen Vorgaben entsprochen, wurde aber durch die Mehrheit der roten – roten Regierungsfractionen und der Fraktion der Bündnis90/Die Grünen abgelehnt.
- ⑤ Ich werde mich auch in meinen Wahlkampfveranstaltungen für ein Wahlpflichtfach Religion und Ethik einsetzen. Ich denke aber, dass dieses Thema nur eines von vielen Problemen ist, was Berliner Bildungspolitik angeht.

Margit Görsch (Treptow-Köpenick WK 4)

- ① Ich verweise auf den alternativen Gesetzentwurf durch die CDU, ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik ab der 1. Klasse einzuführen, um die Werteerziehung an den Berliner Schulen auf Wurzeln der abendländischen Kultur zu beziehen. Der eingeführte Ethikunterricht halte ich für einseitig.
- ② Die CDU hat sich von Anfang an für das Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik eingesetzt und ich werde es auch weiterhin tun, damit keine Verdrängung des Religionsunterrichts wie in der ehemaligen DDR stattfinden kann.
- ③ Ja! Für unsere parlamentarische Arbeit ist eine starke Unterstützung seitens der Kirche wünschenswert und notwendig.
- ④ Der eingebrachte Antrag zur Schulgesetzänderung der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat diesen rechtlichen Vorgaben entsprochen und wurde durch die Mehrheit der Rot-Roten und Bündnis90/Die Grünen abgelehnt.
- ⑤ Es bleibt ein zentrales Anliegen aller Mitglieder der CDU und unseres Spitzenkandidaten Friedbert Pflüger, ein gleichberechtigtes Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik einzuführen.

Gregor Hoffmann (Lichtenberg WK 2)

- ① Ideologische Aktion der rot-roten Regierung, um Religion und Kirche ins Abseits zu stellen.
- ② Religionsunterricht ist eine wichtige Bereicherung des Bildungsangebotes.
- ③ Ja, ich werde mich aus christlicher Verantwortung für ein Änderung des Schulwesens und für eine Wahlfreiheit Ethik Religion, einsetzen!
- ④ Berlin kann mehr! Deshalb braucht es einen Regierungswechsel in Berlin.
- ⑤ Offensiv und mit klarer Positionierung pro Wahlpflicht Ethik Religion.

Astrid B. Jantz (Lichtenberg WK 3)

- ① Nach meiner Auffassung ist der nach dem Modell des rot-roten Senats eingeführte Ethikunterricht sehr einseitig. Ich setze mich daher weiterhin für den Vorschlag der CDU-Fraktion Berlin ein, ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik einzuführen. Dies sollte unter staatlicher Kontrolle stehen und bereits ab der ersten Klasse ansetzen. Nach dem jetzigen Modell nach Rot-Rot kann man aus meiner Sicht der dringend notwendigen Werteerziehung in der Berliner Schule basierend auf den Wurzeln der abendländischen Kultur nicht gerecht werden.
- ② Ich gehe davon aus, dass durch die Regelung von Rot-Rot der Religionsunterricht aus den Schulen verdrängt wird. Dies ist schon auf Grund der zunehmenden Stundenzahl und der Arbeitsbelastung in der Sekundarstufe zu befürchten. Die CDU war von Anbeginn für ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik und wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen.
- ③ Ja.
- ④ Die CDU hatte genau dies vorgeschlagen. Im Abgeordnetenhaus wurde dies aber durch Rot-Rot und Bündnis90/Die Grünen abgelehnt.
- ⑤ Ich werde mich in den Wahlkampfveranstaltungen und Diskussionen weiterhin für ein gleichberechtigtes Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik aussprechen. Dies ist auch Position der CDU-Fraktion Berlin und unseres Berliner CDU-Spitzenkandidaten Dr. Friedbert Pflüger.

Christoph Schütte (Lichtenberg WK 4)

- ① Die Einführung des Pflichtfachs Ethik beurteile ich negativ. Ich lehne Sie ab! Die Form in der der Ethikunterricht zu Lasten des Religionsunterrichts realisiert wurde unterstreicht die einseitige Ideologie des rot-roten Senats. Statt den Menschen ihre eigenen und individuellen Werte zuzugestehen (z.B. durch eine freie Wahl zwischen Ethik- und Religionsunterricht), soll eine glaubensferne Einheitsmeinung durchgesetzt werden.
- ② Ich bin der Überzeugung, dass die Bedingungen für den Religionsunterricht verschlechtern. Diese Entwicklung halte ich für sehr bedauerlich, da sie einer immer mehr zunehmenden Entfremdung vom Christentum Vorschub leistet. Für mich als Christen ist dies eine bedrückende Situation. In der konkreten Umsetzung bedeutet das für mich, sofern die Mehrheitsverhältnisse nach der Wahl dies zulassen, dem Religionsunterricht wieder zu seinem bisherigen Stellenwert zu verhelfen.
- ③ Ja!
- ④ Warum Berlin z. Zt. diesem Vorbild nicht folgen kann, fragen Sie bitte den rot-roten Senat. Die CDU hat im Februar dieses Jahres einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Dieser wurde jedoch von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

⑤ Die Einführung eines Wahlpflichtfachs „Religionsunterricht/Ethik“ ist eine zentrale Forderung der CDU und wird somit natürlich von allen Kandidaten, also auch mir, offensiv vertreten. Allerdings wünsche ich mir dabei auch eine breitere Unterstützung durch die Kirchengemeinden.

Ronald Schulz-Töpken (Lichtenberg WK 5)

① Der vom rot-roten Senat eingeführte Ethikunterricht ab der 7. Klasse ist ideologisch einseitig, setzt in seiner Verbindlichkeit zu spät ein und wird durch zu wenig qualifizierte, pädagogische Fachkräfte umgesetzt.

Der alternative Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik unter staatlicher Kontrolle ab der ersten Klasse einzuführen, wurde von der rot-roten Koalition ohne inhaltlich überzeugende Argumente abgelehnt und damit eine weiteres Mal eine Chance vertan, die Werteerziehung in der Berliner Schule auf Wurzeln der abendländischen Kultur zu beziehen.

Kinder erlernen bereits frühzeitig den Umgang mit Werten wie z.B. Toleranz und Achtung. Vorurteile bspw. gegenüber Behinderten und Ausländern bauen sich in Kindern erst auf. Hier ist es Aufgabe des Gesetzgebers, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen auch Kinder benachteiligter Familien mit einbezogen werden. Was wäre da besser, als ein Wahlpflichtfach in der Schule ab dem ersten Schultag an? Allerdings halte ich es genauso für wichtig, bereits im Vorschulalter diese Verhaltensweisen bei Kindern zu entwickeln und auszuprägen.

② Bei der zunehmenden Stundenzahl und Arbeitsbelastung in der Sekundarstufe wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Verdrängung des Religionsunterrichts eintreten. Deshalb haben wir uns von Anfang an für ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun. Den Weg, eine Befreiung vom Ethikunterricht zu beantragen, wie ihn das Bundesverfassungsgericht bei der Ablehnung der Verfassungsklage einer Schülerin aufgezeigt hat, halten wir für das Mindestmaß. Kinder drängen von sich aus meist nicht danach, möglichst viele Unterrichtsstunden zu belegen. Deshalb ist ein solcher Verdrängungswettbewerb bereits vorprogrammiert. Ich sehe hier dringenden Handlungsbedarf für den Gesetzgeber in Berlin.

③ Ja. Allerdings wäre für die weitere parlamentarische Arbeit für das Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik eine starke Unterstützung seitens der Kirchen und Elternschaft wünschenswert.

④ Der von der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag zur Schulgesetzänderung vom Februar 2006 hat genau diesen rechtlichen Vorgaben entsprochen, wurde aber durch die Mehrheit der roten – roten Regierungsfractionen und der Fraktion der Bündnis90/Die Grünen abgelehnt. Religionsfreiheit steht im Grundwertekanon weit vorn. Die Freiheit der Ausübung setzt aber auch Wissen darüber voraus. Mir ist es wichtig, dass nicht in Hinterstuben in Kreuzberg von ideologisierten Imams der Islam zum großen Teil verzerrt gepredigt wird, sondern eben staatlich kontrolliert. Nur so ist es möglich, eine frühzeitige Ideologisierung der islamischen Kinder weitgehend zu vermeiden.

⑤ Ein gleichberechtigtes Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik bleibt zentrales Anliegen aller Mitglieder der Fraktion der CDU und ist ein erklärtes Ziel unseres Spitzenkandidaten Dr. Friedbert Pflüger. Ich selbst werde zum Beispiel eine Veranstaltung zum Thema Werte durchführen. Dabei wird das Thema Religionsunterricht sicher eine wesentliche Rolle spielen.

Dr. Michael Wegner (Reinickendorf WK 1)

① Ich vertrete hier vorbehaltlos die Position der Kirchen!

② Ich halte allein die Öffnung einer theoretischen Chance auf Verdrängung für inakzeptabel!

③ Ich werde aus grundsätzlichen Erwägungen eine Änderung des Gesetzes gemäß der Kirchenposition anstrengen.

④ Ich unterstütze nachhaltig einen staatlich geführten und kontrollierten islamischen Religionsunterricht, wo dies aufgrund der Bevölkerungsstruktur notwendig ist.

- ⑤ Meine o. g. Positionen werden klar und deutlich von mir zu Gehör gebracht werden.

Andreas Gram (Reinickendorf WK 2)

① Der vom rot-roten Senat eingeführte Ethikunterricht ab der 7. Klasse ist ideologisch einseitig, setzt in seiner Verbindlichkeit zu spät ein und wird durch zu wenig qualifizierte, pädagogische Fachkräfte umgesetzt. Der alternative Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik unter staatlicher Kontrolle ab der ersten Klasse einzuführen, wurde von der rot-roten Koalition ohne inhaltlich überzeugende Argumente abgelehnt und damit eine weiteres Mal eine Chance vertan, die Werteerziehung in der Berliner Schule auf Wurzeln der abendländischen Kultur zu beziehen.

② Bei der zunehmenden Stundenzahl und Arbeitsbelastung in der Sekundarstufe wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Verdrängung des Religionsunterrichts eintreten. Deshalb haben wir uns von Anfang an für ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun. Den Weg, eine Befreiung vom Ethikunterricht zu beantragen, wie ihn das Bundesverfassungsgericht bei der Ablehnung der Verfassungsklage einer Schülerin aufgezeigt hat, halten wir für das Mindestmaß.

③ Ja. Allerdings wäre für die weitere parlamentarische Arbeit für das Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik eine starke Unterstützung seitens der Kirchen wünschenswert.

④ Der von der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag zur Schulgesetzänderung vom Februar 2006 hat genau diesen rechtlichen Vorgaben entsprochen, wurde aber durch die Mehrheit der roten-roten Regierungsfractionen und der Fraktion der Bündnis90/Die Grünen abgelehnt. Meine Fraktion braucht auch hier die Unterstützung der Kirchen, die m. E. richtigerweise, aber viel zu zahm den Dialog mit anderen Religionen führt und nicht hinreichend vor den Gefahren eines sich immer weiter ausbreitenden Islamismus warnt, der nur durch Aufsicht in den Schulen zumindest bekämpft werden kann.

⑤ Ein gleichberechtigtes Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik bleibt zentrales Anliegen aller Mitglieder der Fraktion der CDU und ist ein erklärtes Ziel unseres Spitzenkandidaten Dr. Friedbert Pflüger. Ich hätte mir eine weitaus größere Unterstützung der Kirchen für unsere Position gewünscht. Es ist doch deutlich geworden, dass im Berliner Senat und in großen Teilen der linken Fraktionen im Haus atheistisch ausgerichtete Kräfte sitzen, die im nachhinein noch versuchen, ihrer Ideologie noch zum Durchbruch zu verhelfen. Der mit der Abkehr vom Religionsunterricht verbundene weitere Werteverfall- verbunden mit einer immer weiter um sich greifenden geistigen Anspruchslosigkeit und Niveauperflachung wird immensen Schaden anrichten. Diese Position vertrete ich nicht nur im Wahlkampf, sondern ist als Rechtspolitiker mein zentrales Anliegen.

Katrin Schultze-Berndt (Reinickendorf WK 4)

① Ich lehne das neu eingeführte Fach „Ethik“ in dieser Form ab,

- weil es den Eltern das Recht nimmt zu wählen, nach welchen Werten ihre Kinder erzogen werden,
- weil der Ethikunterricht eher eine „Gebräuchekunde“ leistet und zu wenig Zeit gibt, Verständnis für einen Glauben zu entwickeln,
- weil ein Jugendlicher auf der Grundlage des „Ethikunterrichtes“ einem gläubigen Jugendlichen argumentativ nicht auf gleicher Augenhöhe begegnet und allenfalls Gleichgültigkeit, aber keine echte Toleranz entwickelt,
- weil es den Anspruch eines Ethikunterrichts, wie er erfolgreich im Schulversuch „Ethik/Philosophie“ erprobt wurde, nicht erfüllt,
- weil der Werteunterricht so erst in Klasse 7 verbindlich beginnt und nicht schon in Klasse 1!
- weil Jugendliche, die nachmittags Koranschulen besuchen müssen, so keinen „aufgeklärten“ Islamkundeunterricht erhalten, der die Lehrmeinungen der Imame relativieren könnte.

Eltern und später die Jugendlichen selbst müssen das Recht behalten zu bestimmen, welchen Religionsunterricht oder weltanschauungsneutralen Unterricht sie besuchen. Ideologisch vorgegebener Werteunterricht droht leicht zum Spielball politischer Überzeugungen zu werden.

② Selbstverständlich verändert der Ethikunterricht die Bedingungen erheblich: Die Jugendlichen werden künftig in zwölf Jahren zum Abitur geführt, haben also bis zu 34 Stunden in der Woche. Wie viel Kraft da bleibt, nach Unterrichtschluss noch Religionsunterricht zu besuchen, ist überaus fraglich. Denn spätestens, wenn nicht mehr die Mehrzahl der Schüler Religionsunterricht wählt, wird so mancher Schulleiter diesen in die Nachmittagsstunden verlagern.

Mit der Verdrängung des Religionsunterrichtes findet dann auch kein echter Unterricht zur Wertevermittlung statt, denn „Ethik“ vermittelt neben lebenskundlichen Fragen nur abfragbares Wissen über Religionen; ein Durchdringen gelingt nicht.

③ Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin hat sich in dieser Legislaturperiode wie auch schon zuvor intensiv für einen Wahlpflichtunterricht Religion und Ethik/Philosophie eingesetzt. Dieses Fach sollte von staatlich geprüften Lehrern auf der Grundlage unseres Grundgesetzes und in deutscher Sprache unterrichtet werden. Leider hat die rot-rote Mehrheit unterstützt von Bündnis 90/ Die Grünen unseren Antrag abgelehnt. Die Gründe dabei blieben im ideologischen Bereich. Immer wieder wurde ein gemeinsames Lernen von den Gegnern des Wahlpflichtfaches als Ablehnungsgrund vorgeschoben. Dabei sind gemeinsame Unterrichtsphasen überaus effektiv möglich, wenn sich Schülergruppen unterschiedlicher Konfession und Überzeugung in gemeinsamen Unterrichtsphasen begegnen und sich über ihre Kenntnisse und Überzeugungen austauschen.

Ein weiteres „Streiten“ für das Wahlpflichtfach kann nur dann erfolgreich sein, wenn es seitens der Kirchen volle Unterstützung findet. Eine Einbindung der Kirchen in den „Ethikunterricht“ schwächt dabei die Verhandlungsposition ungemein, weil

- der Senat sich darauf berufen kann, dass er die Kirchen in sein staatliches Unterrichtsfach einbezieht,
- die Unterstützung in der Öffentlichkeit schwieriger zu erreichen sein wird, wenn in der öffentlichen Wahrnehmung der Religionslehrer auch in „Ethik“ unterrichtet und damit scheinbar einbezogen wird,
- der Druck von Schulen, Lehrern und Eltern sinkt, wenn man gegenüber anderen Schulen den vermeintlichen Erfolg erzielt hat, den Religionsunterricht „in neuer Form“ (im so genannten Kooperationsmodell in „Ethik“) beizubehalten.

Im Ergebnis befürchte ich, dass sich die Kooperation in der geplanten Form als Pyrrhussieg erweisen wird, denn damit wird der Druck, für Religionsunterricht zu streiten, seitens der Öffentlichkeit geringer.

Das Argument der Verdrängung der Kirchen aus dem Unterrichtsalltag, das vor allem auch bei einer Klage vor dem Verfassungsgericht grundlegend wäre, scheint mit dem Kooperationsmodell entkräftet.

Ungeachtet der aktuellen Entwicklung werde ich mich auch weiterhin aus tiefer Überzeugung für das Wahlpflichtfach Religion und Ethik/Philosophie einsetzen. Das wird jedoch nur mit einer Regierungsbeteiligung der CDU umzusetzen sein.

④ Die CDU-Fraktion hatte im Februar 2006 einen Antrag für das Wahlpflichtfach Religion und Ethik/Philosophie eingebracht. Dabei sollte es auch einen islamkundlichen Unterricht unter staatlicher Kontrolle geben. Leider hat die rot-rote Koalition diesen Antrag mit Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. So wurde auch die Chance vergeben, dem nicht kontrollierbaren nachmittäglichen Unterricht in den Koranschulen eine aufgeklärte Sicht des Koran entgegenzustellen. Ich bedauere diesen Zustand.

⑤ Während der laufenden Legislaturperiode haben wir uns konsequent für den Wahlpflichtunterricht eingesetzt; er bleibt ein Thema in unseren Publikationen und Veranstaltungen. In meinem „Kandidatenflyer“ spreche ich mich für die Einführung des Religionsunterrichts in einem Wahlpflichtfach aus. Es bleibt abzuwarten, in wie weit der Religionsunterricht auch ein Thema in den Podiumsdiskussionen in den Kirchengemeinden in Vorbereitung auf die Wahl sein wird.

Michael Dietmann (Reinickendorf WK 5)

① Die CDU ist immer für den Religionsunterricht eingestanden. Das gilt auch für mich.

② Wir halten weiter an der Forderung nach der Einführung des Fachs Religion fest – der Ethikunterricht ist eine rot/rote Mogelpackung.

③ Ja.

④ Weil der Senat hier ideologisch agiert. Insbesondere der erste Satz Ihrer Frage beschreibt meine Position.

⑤ In Diskussionen führe ich diesen Punkt, wo es passt, mit an, um deutlich zu machen, wo die Versäumnisse des Senats liegen und wo er bewusst die Beliebigkeit fördert, wo es wichtiger, insbesondere für junge Menschen wäre, Werte zu erlernen.

Dr. Frank Steffel (Reinickendorf WK 6)

① Die mit diesem Schuljahr beginnende Einführung des Pflichtfaches Ethik ist ein diktatorischer Akt des rot-roten Senats und der falsche Weg, jungen Menschen Religion und Weltanschauung nahe zu bringen. Der alternative Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik unter staatlicher Kontrolle ab der ersten Klasse einzuführen, wurde von der rot-roten Koalition abgelehnt.

② Dann wird sich der Senat auf eine eiserne Auseinandersetzung mit der CDU-Fraktion gefasst machen müssen. Das anspruchsvolle Lernziel der Sekundarstufe ist bereits ohne den zusätzlichen Ethikunterricht von zunehmender Stundenzahl und enormen Arbeitsbelastungen gekennzeichnet, so dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verdrängung des Religionsunterrichtes kommen wird. Den betroffenen Schülern und deren Eltern kann ich daher nur raten, die Befreiung vom Ethikunterricht zu beantragen, wie es das Bundesverfassungsgericht bei der Ablehnung der Verfassungsklage einer Schülerin aufgezeigt hat.

③ Ja. Die CDU-Fraktion hat sich von Anfang an für ein Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun. Allerdings wäre eine starke Unterstützung der Kirche für die weitere parlamentarische Arbeit in dieser Sache wünschenswert.

④ Der von der CDU-Fraktion im Februar dieses Jahres im Berliner Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag zur Schulgesetzänderung hat genau diesem rechtlichen Vorgang entsprochen. Die Mehrheit der rot-roten Regierungsfraktion und die Fraktion Bündnis90/Die Grünen haben diesen Antrag abgelehnt. Damit wurde einmal mehr die Chance vertan, in die Werteerziehung an Berliner Schulen die Wurzeln der abendländischen Kultur einbeziehen zu können.

⑤ Ein gleichberechtigtes Wahlpflichtfach Religion und Philosophie/Ethik bleibt zentrales Anliegen aller Mitglieder der CDU-Fraktion. Dies werden wir in unseren Wahlkampfveranstaltungen thematisieren und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren.

Antworten der Linkspartei.PDS

Schreiben des Landesvorstands vom 11. Juli 2006

„... beantworten wir alle Fragen zur Wahl und alle Wahlprüfsteine als Partei insgesamt unter Beteiligung der jeweiligen Fachpolitiker/innen.“

① Die Linkspartei.PDS betrachtet das neue Fach „Ethik“ keinesfalls als ein Ersatz- oder Alternativfach zum „klassischen“ Religions- und Weltanschauungsunterricht. Wir haben uns in der Debatte um den so genannten Werte vermittelnden Unterricht für ein Fach, in dem es um »Lebensgestaltung, Ethik und Kulturen« geht, eingesetzt, das einen neuen Ansatz verfolgt: In einer multikulturellen Stadt wie Berlin mit dreieinhalb Millionen Einwohnern aus über hundert Nationen muss auch die Schule einen eigenständigen Beitrag für die Grundlagen eines friedlichen und solidarischen Zusammenlebens leisten. Interkulturelle Dialogfähigkeit zählt heute, in einer globalisierten Welt, zu den wichtigsten Kompetenzen. Das neue Fach soll daher Raum geben, sich mit verschiedenen Lebensweisen und -vorstellungen bekannt zu machen und auseinander zu setzen. Es soll Wissen über Kulturen, Weltanschauungen und über die großen Weltreligionen vermitteln. Es soll für gemeinsame Werte, aber auch für Unterschiede sensibilisieren. Es soll zum Verstehen des Fremden, zu Dialog und friedlicher Konfliktlösung befähigen. Deshalb ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler nicht nach Konfessionen und/oder Weltanschauungen getrennt werden, sondern mit- und voneinander lernen und dass das Fach daher auch für alle verbindlich ist.

Wir haben unseren Vorstellungen zu dem neuen Unterrichtsfach in einem Fraktionsbeschluss „Werte, Kulturen, Religionen“ im März 2005 zusammengefasst, veröffentlicht (im Internet unter <http://www.pds-fraktion-berlin.de>) und in verschiedenen Veranstaltungen mit einer breiten Öffentlichkeit diskutiert. Dabei haben unsere Vorschläge, die auch in die Schulgesetzänderung eingeflossen sind, viel Unterstützung erfahren. Wir wissen selbstverständlich auch um andere Auffassungen. Aber es gibt auch keinesfalls eine eindeutige Mehrheit für eine Wahlfreiheit zwischen Ethik- und Religions- und Weltanschauungsunterricht.

② In unserem Vorschlag wie auch in dem jetzt beschlossenen Fach „Ethik“ bleibt die Stellung des Religions- und Lebenskundeunterrichts in der Berliner Schule unverändert: Er bleibt, im Unterschied zu fast allen anderen Bundesländern, kein reguläres Pflichtfach. Er wird weiterhin in Verantwortung der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften erteilt und mit finanziellen Mitteln aus dem Haushalt des Landes Berlin von fast 50 Millionen Euro pro Jahr finanziert. Die Teilnahme bleibt freiwillig. Diese Regelung geht auf das Berliner Schulgesetz von 1948 zurück, mit dem eine Trennung von Staat und Kirche vollzogen wurde. Diese Regelung ist im Grundgesetz gesichert, durch die so genannte „Bremer Klausel“ (Artikel 141). Sie besagt, dass der Grundgesetzpassus, nach dem „Religion“ an den öffentlichen Schulen ein „ordentliches Lehrfach“ ist (Artikel 7 (3)), in den Bundesländern nicht gilt, in denen am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand.

Ihre Befürchtung, dass das neue Fach Ethik den „klassischen“ Religionsunterricht verdrängen wird, hat nach unserer Ansicht und Kenntnis von Fakten keine Grundlage:

Das Fach Ethik wird in der Sekundarstufe I eingeführt und beginnt im Schuljahr 2006/07 in den 7. Klassen. Am Religions- und Lebenskundeunterricht nehmen Schülerinnen und Schüler vor allem in der Grundschule teil, deutlich weniger in der Sekundarstufe. Insgesamt gibt es in Berlin knapp 158.000 Teilnehmer/innen am freiwilligen Religions- und Lebenskundeunterricht. Das sind 46 % aller Schülerinnen und Schüler. Davon entfallen rund 70 % auf die Grundschulen und 30 % auf die Schulen der Sekundarstufe I.

Die von Ihnen genannte Ausweitung des Pflichtunterrichts in der Sekundarstufe erfolgt unabhängig von der Einführung von „Ethik“, sondern ist in der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Schuljahre begründet. Diese Schulzeitverkürzung erfordert nach den geltenden Regelungen der Kultusministerkonferenz für das Abitur, dass ein Teil des Stundenvolumens auf die Jahrgänge 7 bis 10 umverteilt werden muss. Im Rahmen dieser Umverteilung erhält das Fach „Ethik“ sein Stundenvolumen.

③ Nein. Aus Sicht der Linkspartei.PDS besteht rechtlich keine Notwendigkeit zur Veränderung des Status des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts in Berlin. Wir halten an der bestehenden Trennung von Staat und Kirche im Schulbereich fest und diese auch für zeitgemäß. Ein Wahlpflichtbereich zwischen einem staatlichen Fach Ethik und einem bekenntnisorientierten Religions- und Weltanschauungsunterricht würde gerade dazu führen, die Schülerinnen und Schüler nach Religionen und Weltanschauungen zu separieren, statt sie mit einander ins Gespräch, auch über ihre verschiedenen Religionen, zu bringen. Und ein Wahlpflichtbereich würde Potenziale für die Stärkung von Toleranz und Akzeptanz von Unterschieden verschenken.

④ Die Frage nach dem „Islam-Unterricht“ ist angesichts von 3,5 Millionen muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Bundesrepublik und nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Religionen notwendig. Sie ist allerdings keinesfalls so leicht zu beantworten, wie man das Ihrer Frage entnehmen könnte.

Zunächst ist dabei zu unterscheiden zwischen dem Religionsunterricht als religiöser Unterweisung in Verantwortung der Kirchen und Religionsgemeinschaften, der in Berlin kein reguläres Unterrichtsfach ist oder einem staatlich verantworteten Fach, das dann selbstverständlich bekenntnisneutral unterrichtet werden muss.

Selbst in den Bundesländern, in denen bekenntnisorientierter Religionsunterricht ordentliches Fach ist, gilt: Die staatliche Aufsicht über den Religionsunterricht ist grundgesetzlich beschränkt. Das Grundgesetz bestimmt, dass Religionsunterricht „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt“ wird. Selbst wenn er wollte: Der Staat dürfte für dieses Fach keine Lehrpläne erstellen. Welche Inhalte der Religionsunterricht hat, bestimmt die jeweilige Kirche bzw. Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft. Das gilt auch für den Islamunterricht. Ein Problem des Islam ist, dass er eine Religion ohne Kirche ist und es keine anerkannte muslimische Religionsgemeinschaft als potenziellen Ansprechpartner gibt. Bisher haben daher der „Islamunterricht“ oder die „islamische Unterweisung“ in einzelnen Bundesländern nur den Status von Modellversuchen.

Für Berlin bedeutet dies: Islamunterricht im Sinne religiöser Unterweisung kann in Berliner Schulen prinzipiell anbieten, wer den Status einer Religionsgemeinschaft hat. Die im § 13 des neuen Berliner Schulgesetzes getroffenen Regelungen zur Prüfung von Anträgen auf ein Angebot von Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht und die Sicherung von dessen Grundqualität (Rahmenpläne, Lehrerqualifikation) sind auch für den Islamunterricht weiterhin tragfähig. Sie ermöglichen auch eine hinreichende staatliche Kontrolle dieser Angebote. Würde eine Bekenntnisgemeinschaft nachweislich gegen Gesetze oder Verfassungsnormen verstoßen, wäre jederzeit die Rücknahme der Bewilligung für den Bekenntnisunterricht möglich.

Ein staatlich verantworteter Islamunterricht müsste dem gegenüber bekenntnisneutral unterrichtet werden. Er kann Wissen über den Islam vermitteln. Das werden Sie vermutlich mit Ihrer Frage nicht meinen. Es würde uns sonst sehr wundern, dann gegen das neue Unterrichtsfach „Ethik“ haben Sie das Argument angeführt, dass der Staat nicht das Recht habe, selbst Kenntnisse über die Religionen zu vermitteln. Das müsste dann nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz auch für den Islam gelten.

Die Linkspartei.PDS hält einen staatlich verantworteten Unterricht, in dem die Kinder und Jugendlichen Wissen über Kulturen, Lebensweisen, über die großen Weltreligionen, darunter natürlich über den Islam, und über Weltanschauungen erwerben für notwendig. Genau dies soll auch ein Anliegen des neuen Unterrichtsfaches „Ethik“ sein.

⑤ Die Linkspartei.PDS wird in Wahlveranstaltungen, so dies Thema ist, das Anliegen des neuen Faches Ethik sowie die Anforderungen, die bei seiner Einführung bestehen, erläutern und diskutieren. Dabei wird sich die Linkspartei.PDS vor allem dafür einsetzen, die inhaltliche Gestaltung des Faches zu profilieren und die Weiterbildung von Lehrkräften, die die Lehrbefähigung für das Fach „Ethik“ erwerben qualitativ gut zu gestalten und die Einrichtung einer grundständigen Lehrer/innenausbildung für dieses Fach an Berliner Universitäten vorzubereiten.

Bärbel Schmidthals (Steglitz-Zehlendorf WK 2)

① Ich halte das Fach Ethik für wichtig, damit Schüler/innen aller Glaubensrichtungen gemeinsam an einem wertevermittelnden Unterrichtsfach teilnehmen.

② Dieses würde ich nicht für problematisch halten. Als in Niedersachsen für die Fächer Deutsch, Religion und Geschichte ausgebildete Lehrerin, schätze ich den Religionsunterricht in Berlin nicht sehr hoch ein, da zum Thema Religionen zu wenig Wissen vermittelt wird.

③ Nein

④ Aus o. g. Gründen halte ich das Fach Ethik für wichtig, vorausgesetzt es gibt dafür eine fundierte Ausbildung.

⑤ Ich werde mich nur auf Nachfragen dazu äußern.

Antworten aus Bündnis 90/Die Grünen

Antworten von Özcan Mutlu, Thomas Birk, Dr. Sibyll Klotz, Alexander Rodis, André Stephan (fast übereinstimmende, einzeln übermittelt)

① Wir befürworten die Einführung eines regulären Unterrichtsfaches, in dem sich alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Fragen des Zusammenlebens in unserer vielfältigen Gesellschaft [*Ergänzung bei Klotz*: und auch mit den unterschiedlichen Religionen] beschäftigen. Nach unserer Auffassung stehen Ethik-Unterricht (als gemeinsames, ordentliches Unterrichtsfach) und Religionsunterricht (der nach Bekenntnis getrennt und in der Verantwortung der Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaften erteilt wird) nicht als Alternativen gegeneinander, sondern haben jeweils ihre ganz eigene Berechtigung.

Wir wissen, dass viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer im Religions- und Lebenskundeunterricht Hervorragendes leisten und wollen, dass dieser Unterricht auch weiterhin auf freiwilliger Basis stattfinden kann. Aber wir wollen auch, dass alle SchülerInnen die Gelegenheit bekommen, sich *gemeinsam* mit Werte- und Sinnfragen zu beschäftigen. Ein Fach, an dem alle Schülerinnen und Schüler teilnehmen, bietet neue Chancen für wechselseitiges Verständnis und Akzeptanz. Angesichts einer zunehmend multikulturellen Bevölkerung gibt es in Berlin einen wachsenden Bedarf an Information über die verschiedenen kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Prägungen und an einer Verständigung über gemeinsame Regeln des Zusammenlebens auf Grundlage der Menschenrechte. Wir wollen, dass auch die Mehrheit der Konfessionslosen Grundkenntnisse über das Christentum erhalten und dass z.B. auch Muslime in der Schule etwas über das Judentum erfahren. Ein solches gemeinsames Fach darf nicht Partei für oder gegen eine Religion ergreifen, aber es kann Wissen vermitteln, Dialog fördern und Vorurteilen entgegenwirken.

Religionsfreiheit an der Schule bedeutet für uns nicht, ein allgemeinbildendes Regelfach abwählen zu können (z.B. Sozialkundeunterricht ist ja auch für alle verpflichtend), sondern die Freiheit, sich ohne staatlichen Druck für Religionsunterricht entscheiden zu können - oder aber auch dagegen.

② Zunächst: Wir gehen nicht davon aus, dass der Ethik-Unterricht den Religionsunterricht verdrängt. In den Klassen 1-6, in denen das Angebot des Religionsunterrichts am stärksten wahrgenommen wird, ist dies ohnehin ausgeschlossen, da Ethik erst ab Klasse 7 eingeführt wird. Wir sind zudem davon überzeugt, dass die Kirchen auch weiterhin über ausreichend Überzeugungskraft verfügen, um Schülerinnen und Schüler für die freiwillige Teilnahme am Religionsunterricht zu gewinnen. Der Religionsunterricht kann einen ganz anderen Zugang zu Religion bieten als der zur religiös-weltanschaulicher Neutralität verpflichtete Ethik-Unterricht und behält daher für die daran Interessierten seine Attraktivität.

Unabhängig davon steht für uns allerdings die Religionsfreiheit an erster Stelle – und damit auch die Freiheit, sich gegen Religionsunterricht zu entscheiden, ohne deswegen zur Teilnahme an einem Ersatzfach gezwungen zu werden.

③ Nein. Da allgemeiner Ethikunterricht und bekenntnisgebundener Religionsunterricht zwei grundsätzlich verschiedene Fächer sind, halten wir es nicht für sinnvoll, Schülerinnen und Schüler zu zwingen, sich für das eine und gegen das andere zu entscheiden. [*Ergänzung bei Rodis*: Schließlich würde eine solche Wahlalternative auch implizieren, dass Ethik und Religion nicht zusammenpassen.] Allerdings setzen wir uns dafür ein, dass die im Schulgesetz formulierten Anforderungen an das Fach Ethik auch tatsächlich umgesetzt werden. Dazu gehört unbedingt eine gute Qualifizierung der Ethik-LehrerInnen. Sie müssen ihrer Verantwortung gerecht werden können, die unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen im Unterricht fair, unparteiisch und kompetent zu behandeln. Die von Schulsenator Böger konzipierte Schmalspurausbildung reicht dazu nicht aus. [*Ergänzung bei Klotz*: Im Übrigen hätten wir ein Fach mit dem Titel „Lebenskunde/Ethik/Religion“ bevorzugt.]

④ Wir sind sehr daran interessiert, dass Lehrkräfte, die islamischen Religionsunterricht erteilen, ebenso gut qualifiziert werden wie evangelische und katholische Religionslehrerinnen und -lehrer. Wir befürworten daher die Ermöglichung eines entsprechenden Theologiestudiums an Berliner Hochschulen. Einen staatlich verordneten islamischen Religionsunterricht an der Schule lehnen wir jedoch genauso ab wie einen staatlich verordneten katholischen oder evangelischen Religionsunterricht. [*Folgende zwei Sätze nicht bei Stephan*] Auch das Berliner Modell des freiwilligen Religionsunterrichts ermöglicht staatliche Aufsicht und gesetzliche Qualitätsanforderungen. Diese Möglichkeiten gilt es konsequent zu nutzen. Was die staatliche Aufsicht betrifft, sehen wir keinen grundlegenden Unterschied zum rechtlichen Status des Religionsunterrichts in anderen Bundesländern. Auch dort darf Religion nur in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der jeweiligen Religionsgemeinschaften unterrichtet werden.

⑤ Wir wollen verdeutlichen, dass es uns bei diesem Thema nicht darum geht, Politik gegen religiöse Menschen zu betreiben. Uns geht es im Gegenteil um die Frage, wie Menschen mit ganz unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen und kulturellen Hintergründen möglichst friedlich, frei und gleichberechtigt

tigt in Berlin zusammenleben können. Integration wird einer der Schwerpunkte unseres Wahlkampfes sein. Dazu kann ein gemeinsamer Ethik-Unterricht einen Beitrag leisten, [*Ende dieses Absatzes bei Stephan*] wenn er bestimmte Voraussetzungen erfüllt. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Lehrkräfte fundiert ausgebildet werden und dass sie weder antireligiöse Propaganda noch Missionierung betreiben. Wir sind der Auffassung, dass wir glaubwürdigere WächterInnen über diese Voraussetzungen sind als manch andere Partei.

Mit den Kirchen haben wir große Schnittmengen und schätzen sie als Partner in einer ganzen Reihe von Themen, von der Flüchtlingspolitik bis zur Bewahrung der Schöpfung.

Anja Schillhaneck (Mitte WK 4)

① Ich bin eine starke Befürworterin eines Schulfaches, das ethische, philosophische und religionskundliche Fragen behandelt und die Auseinandersetzung hiermit anleitet, lehrt und führt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass der freiwillige evangelische Religionsunterricht dies häufig beabsichtigt und auch tut, jenseits aller Bekenntnisorientierung. Genauso, wie es Eltern, SchülerInnen usw. gibt und gab, die für die Aufwertung des bislang freiwilligen zusätzlichen Religionsunterrichts eingetreten sind, gibt es auch Eltern, SchülerInnen usw., die den so genannten Ethikunterricht fordern und vertreten.

Als Verfechterin der Trennung zwischen Staat und Kirche halte ich es für einen durchaus beiden Seiten etwas Flexibilität abverlangenden guten Kompromiss, den Kirchen und Religionsgemeinschaften zu gestatten, einen freiwilligen bekenntnisorientierten Unterricht in der Schule anzubieten. Religionsfreiheit bedeutet für mich nicht, ein allgemeinbildendes Regelfach abwählen zu können (Sozialkunde ist ebenfalls nicht abwählbar), sondern die Freiheit, sich ohne staatlichen Druck für Religionsunterricht entscheiden zu können – oder aber auch dagegen.

② Zunächst einmal erwarte ich nicht, dass durch die Einführung eines Faches „Ethik“ ab Klasse 7 etwas für den Religionsunterricht ändern wird. Religionsunterricht wird in der Grundschule am stärksten nachgefragt, was auch mit dem Eintritt der Religionsmündigkeit mit 14 Jahren und der Möglichkeit der Abmeldung nach der Konfirmation bzw. vergleichbaren Aufnahmearten zu tun hat. Der Ethikunterricht macht dem keine Konkurrenz, auch deswegen, weil er zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet ist. Religionsunterricht bezieht seine Attraktivität aus der bewussten Nicht-Neutralität.

Unabhängig davon ist für mich das Recht, sich nicht zwischen einem von mehreren bekenntnisorientierten und einem bekenntnisfreien Fach entscheiden zu müssen, höher zu bewerten als das Bedürfnis der Kirchen, diese Entscheidung zu erzwingen. Religionsfreiheit bedeutet auch, sich für oder gegen Religion entscheiden zu können, ohne Sanktionen für die negative Entscheidung fürchten zu müssen. Das andernorts praktizierte Prinzip, bei Abmeldung vom Religionsunterricht einen „Ersatzunterricht“ verpflichtend zu machen, bestraft faktisch die Entscheidung gegen Religion und entwertet den Ethik/Philosophie-Unterricht zu einer Ersatzveranstaltung durch die Normsetzung pro Religionsunterricht.

Wenn, wider Erwarten, der Ethikunterricht zu geringeren Besuchszahlen des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts führt, konstituiert das für mich keinen politischen Handlungsbedarf des Parlamentes.

③ Nein. Meine Gründe habe ich, denke ich, oben ausreichend dargelegt.

④ Diese Frage impliziert ein wenig, der Ethikunterricht sei zur Abwehr von „unkontrolliertem“ Islamunterricht eingeführt worden – was ich für eine nicht zutreffende Sichtweise halte, zumal auch das Berliner Modell eine staatliche Aufsicht und gewisse gesetzliche Qualitätsanforderungen ermöglicht. Eine Notwendigkeit, den Status des Religionsunterrichtes zu ändern, sehe ich nicht.

Ich halte eine gute Qualifikation bei LehrerInnen grundsätzlich für wichtig, und trete für die Einrichtung eines bzw. mehrerer theologischer Lehramtsstudiengänge im Bereich Islamischer Religion an den Berliner Universitäten ein.

⑤ *wie Mutlu u.a.*

Bilkay Öney (Mitte WK 6)

① Sicherlich haben Sie die Diskussionen um „den Kampf der Kulturen“ verfolgt. Solch einen Kultur- oder Religionskampf möchten wir nicht herauf beschwören. Vielmehr befürworten wir die Einführung eines regulären Unterrichtsfaches ... *Fortsetzung wie bei Mutlu u.a.*

② Wir gehen nicht davon aus, dass der Ethik-Unterricht den Religionsunterricht verdrängt. In den Klassen 1-6, in denen das Angebot des Religionsunterrichts am stärksten wahrgenommen wird, ist dies ohnehin ausgeschlossen, da Ethik erst ab Klasse 7 eingeführt wird. Wir sind zudem davon überzeugt, dass die Kirchen auch weiterhin über ausreichend Überzeugungskraft verfügen, um Schülerinnen und Schüler für die freiwillige Teilnahme am Religionsunterricht zu gewinnen. Der Religionsunterricht kann einen ganz anderen Zugang zu Religion bieten als der zur religiös-weltanschaulicher Neutralität verpflichtete Ethik-Unterricht und behält daher für die daran Interessierten seine Attraktivität. Außerdem finden Schüler aus nicht gläubigen Familien oder nichtinteressierte Schüler möglicherweise über den Ethikunterricht wieder Interesse am Religionsunterricht. Das wäre auch in Ihrem Interesse.

Unabhängig davon steht für uns allerdings die Religionsfreiheit an erster Stelle – und damit auch die Freiheit, sich gegen Religionsunterricht zu entscheiden, ohne deswegen zur Teilnahme an einem Ersatzfach gezwungen zu werden.

③ wie bei Mutlu u.a.

④ wie bei Mutlu u.a.

⑤ Wir wissen, dass Religion und Glauben für viele Menschen eine wichtige Rolle in ihrem Leben spielt. Wir wollen verdeutlichen, dass es uns bei diesem Thema nicht darum geht, Politik gegen religiöse Menschen zu betreiben. Uns geht es im Gegenteil um die Frage, wie Menschen mit ganz unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen und kulturellen Hintergründen möglichst friedlich, frei und gleichberechtigt in Berlin zusammenleben können. Integration wird einer der Schwerpunkte unseres Wahlkampfes sein. Dazu kann ein gemeinsamer Ethik-Unterricht einen Beitrag leisten, wenn er bestimmte Voraussetzungen erfüllt. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Lehrkräfte fundiert ausgebildet werden und dass sie weder antireligiöse Propaganda noch Missionierung betreiben.

Mit den Kirchen haben wir große Schnittmengen und schätzen sie als Partner in einer ganzen Reihe von Themen, von der Flüchtlingspolitik bis zur Bewahrung der Schöpfung.

Özcan Mutlu (Friedrichshain-Kreuzberg WK 3)

Siehe oben

Gisela Hagenguth (Pankow WK 4)

① Als Verletzung demokratischen Rechts von Eltern u. religionsmündigen jungen Menschen.

② Bei jungen Menschen würde eine spezifische Dimension zur Bewältigung eines gottgewollten Lebens entfallen. Ich befürchte, dass es so kommt.

③ Ja

④ Bin dafür, hinderlich ist die Frage des verantwortlichen Gegenübers (Organisation der Muslime)

⑤ Ja, wo es sich thematisch einfügt, nicht aufgepfropft.

Oliver Jütting (Pankow WK 7)

① Ich begrüße die Einführung von Ethik als Pflichtfach ausdrücklich. Alle SchülerInnen sollen und müssen die Gelegenheit bekommen, sich *gemeinsam* mit Werte- und Sinnfragen zu beschäftigen. Das ist für die Akzeptanz anderer Kulturen wichtiger denn je. Zudem: Ethik-Unterricht (als gemeinsames, ordentliches Unterrichtsfach) und Religionsunterricht (nach Bekenntnis getrennt und in der Verantwortung der Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaften) sind keine Alternativen, sondern haben jeweils ihre ganz eigene Berechtigung.

② Der Religionsunterricht bietet einen ganz anderen Zugang zu Religion als der zur Neutralität verpflichtete Ethik-Unterricht. Ich gehe somit nicht davon aus, dass der Ethik-Unterricht den Religionsunterricht verdrängen wird. Ganz unabhängig davon steht für mich allerdings die Religionsfreiheit an erster Stelle, d. h. auch die Freiheit, sich gegen Religionsunterricht entscheiden zu können, ohne deswegen zur Teilnahme an einem Ersatzfach gezwungen zu werden.

③ Nein.

④ Einen staatlich verordneten Religionsunterricht an der Schule lehne ich ab. Das Berliner Modell des freiwilligen Religionsunterrichts ermöglicht bereits staatliche Aufsicht. Dabei sehe ich keinen grundlegenden Unterschied zum rechtlichen Status des Religionsunterrichts in anderen Bundesländern. Auch dort darf Religion nur in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der jeweiligen Religionsgemeinschaften unterrichtet werden.

⑤ Einer der Schwerpunkte des bündnisgrünen Wahlkampfes wird das Thema Integration sein. Ich habe in meinem Direktwahlkampf eine Veranstaltung zum Thema „Interreligiöser Dialog“ geplant, bei der evtl. auch die Ausgestaltung des Faches Ethik eine Rolle spielen wird.

Volker Ratzmann (Pankow WK 8)

① *wie bei Mutlu, allerdings in der 1. Person Singular*

② Zunächst: Ich gehe nicht davon aus, dass der Ethik-Unterricht den Religionsunterricht verdrängt. Ich begreife ihn eher als Klammer, der die gemeinsame Wertebasis unseres demokratischen Rechtsstaates vermittelt und erfahrbar macht. Nur wer erfährt, wie Freiheit gelebt werden kann und was sie bedeutet, wird sie als die wesentliche Grundlage für individuelle und gesellschaftliche Entwicklung begreifen. Für mich ist das Fach Ethik nicht die Alternative zum Religionsunterricht. Mit ihm soll die Grundlage vermittelt werden auf der sich Religionsfreiheit vermittelt. In den Klassen 1-6, in denen das Angebot des Religionsunterrichts am stärksten wahrgenommen wird, ... *Fortsetzung wie bei Mutlu, allerdings in der 1. Person Singular*

③ *wie bei Mutlu, allerdings in der 1. Person Singular*

④ Ich bin sehr daran interessiert, dass Lehrkräfte, die islamischen Religionsunterricht erteilen, ebenso gut qualifiziert werden wie evangelische und katholische Religionslehrerinnen und -lehrer. Ich werde mich dafür einsetzen, dass eine entsprechende Ausbildung an den Berliner Universitäten ermöglicht wird. Die große Frage ist in welcher Form und unter welchen Bedingungen Religionsunterricht in Berliner Schulen erteilt wird. Zwar ermöglicht auch das Berliner Modell des freiwilligen Religionsunterrichts staatliche Aufsicht, weist nach meiner Auffassung sehr große Mängel auf. Es eröffnet vor allem einer Vielzahl von Religionsgemeinschaften mit durchaus zweifelhaften Ansätzen über den Gleichbehandlungsgrundsatz den Zugang an die Schulen. Ich halte das derzeitige Modell für unbefriedigend. Ich halte es für dringend erforderlich, die Diskussion über die Erteilung des Religionsunterrichts an Berliner Schulen fortzuführen und zu klären, in welcher Form wir die Erteilung von Religionsunterricht für SchülerInnen moslemischen oder jüdischen Glaubens in staatlichen Schulen gewährleisten. Ohne die großen christlichen Kirchen werden wir diese Diskussion nicht führen können. Die Stadt braucht Sie!

⑤ *wie bei Mutlu, allerdings in der 1. Person Singular*

Sibylle Centgraf (Charlottenburg-Wilmersdorf WK 6)

① Nach meiner persönlichen Meinung sollte der Ethik- und Religionsunterricht für die Schüler auch weiterhin frei wählbar sein. Ich bin aber davon überzeugt, dass die ReligionslehrerInnen durch ihr Wirken und ihr Engagement auch nach der Einführung von Ethik als Pflichtfach als wichtiges Angebot der schulischen Bildung anerkannt und gebraucht werden.

② Freiwilligkeit ist nicht immer der beste Ansatz, um als SchülerIn eine Orientierung für die richtige persönliche Entscheidung zu bekommen. Nun sind SchülerInnen, Eltern, Lehrer und Kirchen noch stärker in

der Pflicht für eine Beschäftigung mit den unsere Gesellschaft prägenden Religionen zu werben. Der Religionsunterricht darf keinesfalls verdrängt werden, weil er eine wichtige Basis für die Heranführung an kulturelle Errungenschaften gerade in unserem Land ist.

③ Ich trete für meine christliche Überzeugung ein, und meine, dass eine Begünstigung des christlichen Religionsunterrichtes berechtigt ist. Allerdings sind Schul- und Jugendfragen nicht mein Fachgebiet.

④ Das wäre zu befürworten, wird aber wohl durch die mehrheitliche Auffassung im Abgeordnetenhaus und Senat vereitelt. Bei der Haushaltslage Berlins wäre es schon ein Erfolg, wenn wenigstens insgesamt genug LehrerInnen zur Verfügung ständen, damit die Ausbildung der jungen Generation bestmöglich erfolgt.

⑤ Diese Frage wird bei meinem Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die herrschende Situation an den öffentlichen Berliner Schulen ist ein Armutszeugnis in unserem eigentlich reichen Land.

Christoph Sonnenberg-Westeson (Spandau WK 1)

① Eine konsequente Trennung von Staat und Kirche ist mir sehr wichtig. Schule allerdings muss auch dem menschlichen Bedürfnis nach Spiritualität und Glaube Rechnung tragen. Daher bin ich für die Wahlfreiheit zwischen Ethik und Religion.

② Die Wahlfreiheit zwischen Ethik und Religionsunterricht unterstütze ich unabhängig davon, ob der Religionsunterricht verdrängt wird oder nicht.

③ Für die Wahlfreiheit setze ich mich in den Gremien der Partei ein.

④ Selbstverständlich muss es das Angebot "Islamunterricht" an Schulen geben, der allen SchülerInnen offenzustehen hat. Ich sehe mich jedoch vom Fachwissen her nicht in der Lage, zu entscheiden, welche islamischen Religionsgemeinschaften hierfür geeignet sind - was auch für bestimmte christliche Gruppen gilt. Ich bin in dieser Frage noch in der Meinungsbildung.

⑤ Da mein Schwerpunkt im Bereich Natur- und Umweltschutz liegt, werde ich voraussichtlich nur wenig Gelegenheit haben, das Thema Religionsunterricht/Ethik zu berücksichtigen.

Angelika Höhne (Spandau WK 2)

Im Grundgesetz ist die Freiheit des Glaubens verankert. Religionsgemeinschaften müssen gleich behandelt werden. Es gibt die grundsätzliche Problematik der Überprüfung der Religionsgemeinschaften ob sie rechtsstaatlichen Kriterien genügen, also in ihren Glaubensgrundsätzen und der Ausübung ihres Glaubens dem Grundgesetz und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unterliegen. Diese Problematik kann im Rahmen des Schulgesetzes nicht gelöst werden. Die Schulbehörde hat die Pflicht zur Kontrolle des Unterrichts und der Weiterleitung anders lautender Erkenntnisse. Die Entscheidung unterliegt jedoch den Gerichten.

Als Mitglied der evangelischen Kirche halte ich das Angebot des christlichen Religionsunterrichtes an ALLEN Schulen für unverzichtbar. Dieses Angebot muss m. E. unabhängig von der Anzahl der teilnehmenden Schüler/innen aufrechterhalten werden.

① Ich begrüße die Einführung des Ethikunterrichts als einen längst überfälligen Schritt.

② M.E. ist der Rahmenplan grundsätzlich zu überprüfen. Dies steht jedoch nicht im Zusammenhang mit einer befürchteten Verdrängung des Religionsunterrichts. Die Aussage, dass der Religionsunterricht nicht verändert wird, halte ich für falsch. Die Inhalte des Ethikunterrichts sind umfangreicher, als die Auseinandersetzung mit der Entwicklung und den Grundsätzen einer Religionsgemeinschaft. Für die Auseinandersetzung mit den persönlichen Glaubensgrundsätzen im Rahmen des Religionsunterrichts ist das zusätzliche Wissen aus dem Ethikunterricht eine Bereicherung!

③ Nein.

④ Meinerseits gibt es keine Bestrebungen, den rechtlichen Status des Religionsunterrichts zu verändern. Die Voraussetzungen für die Durchführung des Islam-Unterrichts durch anerkannte moslemische Gemeinschaften, die die rechtsstaatlichen Grundsätze anerkennen, sind gegeben.

⑤ Ich bin jederzeit bereit, diese Thematik zu diskutieren. Persönlich werde ich jedoch keine diesbezüglichen Diskussionsrunden organisieren.

Michael Schröter (Steglitz-Zehlendorf WK 1)

Ich bin selbst aktiver (altkatholischer) Christ. Die entsprechende religions- und wertebezogene Bildung war ein wesentlicher Beitrag zu meiner Persönlichkeitsentwicklung. Mein Glauben, der sonntägliche Gottesdienstbesuch und das aktive Miteinander in meiner Kirchengemeinde nehmen einen wichtigen Raum in meinem Leben ein. Gerade aufgrund meiner starken christlichen Prägung kann ich aber mit Kritik an Form und Inhalt Ihrer Umfrage unter KandidatInnen nicht sparen.

Die Situation in Berlin ist eine völlig andere als in meiner niedersächsischen Heimat. Dort sind Kirche, Religionsunterricht und Konfessionsgebundenheit ganz normal und alltäglich. In Berlin dagegen sind die Christinnen und Christen tatsächlich eine Minderheit. In meinem alltäglichen Leben merke ich immer wieder, dass das Leben als Christ in Berlin nicht der Normalfall ist, sondern erklärungsbedürftig. Genau diese Erklärungsbereitschaft und Offenheit sollten wir Christinnen und Christen leisten. Ich glaube nicht, dass dabei die aggressive Fokussierung auf gewünschte Privilegien in Ihrem Schreiben hilfreich ist, ganz im Gegenteil. Auch bei den Rechtstreitigkeiten um die Kirchensteuer bei Ausgetretenen ohne Nachweis machen die Kirchen keine gute Figur. Die Aufregung um den Religionsunterricht kann ich nicht nachvollziehen. Das Fach Lebenskunde-Ethik-Religion wurde in Brandenburg unter der Federführung der bündnisgrünen Politiker Marianne Birthler – einer gelernten evangelischen Gemeindegemeindepädagogin - konzipiert und trägt der Lebenswirklichkeit in einem weitgehend atheistischen Umfeld Rechnung. Ich halte ein solches Fach für eine echte Chance für die Kirchen und andere Religionsgemeinschaften, mit Kindern und Jugendlichen in Berührung zu kommen, die ansonsten von religiösen Themen unberührt gelassen werden. Hand aufs Herz: was ist für die Kirchen eigentlich an Strahlkraft gewonnen, wenn – wie von Ihnen gefordert - die wenigen wirklich christlich, jüdisch oder muslimisch gebundenen Kinder in einer kleinen Gruppe Religionsunterricht anstelle von LER haben und sich dann beim LER die große Menge derjenigen versammelt, die mit dem Christentum oder anderen Religionen eh nichts am Hut haben?

Ein solches Fach ist meiner Ansicht nach auf eine starke Mitwirkung der anerkannten Religionsgemeinschaften angewiesen, damit es die gewünschte Wertevermittlung tatsächlich leisten kann. Ob diese Mitwirkungsmöglichkeiten zurzeit ausreichend sind, ist kritisch zu prüfen und ggf. zu korrigieren. Die Erfahrungen mit LER in der jetzigen Form müssen dementsprechend zeitnah ausgewertet werden. Berlin ist eine multikulturelle Metropole. Ich würde mir einen wichtigen Einfluss der christlichen Kirchen, der jüdischen Gemeinde und der anerkannten moslemischen Vereinigungen genauso wünschen wie die aktive Einbeziehung von z.B. buddhistischen und hinduistischen Gemeinschaften. Ich glaube persönlich nicht, dass das Gegeneinander von LER und Religionsunterricht die ultima ratio bei der Wertevermittlung darstellt. Jedes der beiden Fächer hat seinen eigenen wichtigen Wert für die Kinder. LER tut allen gut, aber der Religionsunterricht darf nicht auf unattraktive Randzeiten geschoben werden. Eine Zusammenarbeit zwischen beiden Fächern – dem schon immer freiwilligen Religionsunterricht sowie dem verpflichtenden LER – ist sinnvoll und sicher fruchtbar.

Es täte den Kirchen gut, die plakative Schärfe in der Auseinandersetzung zurückzunehmen. Der Religionsunterricht in Berlin war schon immer freiwillig, und das bleibt so! LER wird zusätzlich eingeführt – als wertegebundenes Fach, das nun auch Nicht-ChristInnen erreichen wird. Ich persönlich kann das nur begrüßen. Den Ton in Ihrem Schreiben finde ich auch als Christ selbst höchst problematisch. Christinnen und Christen sollten in Bezug auf Ihren Glauben positiv überzeugen und nicht ultimativ Sonderrechte fordern. Wenn die christliche Botschaft die Strahlkraft hat, von der wir als Christinnen und Christen ausgehen, können wir auch auf diese Ausstrahlung vertrauen. Der Stellenwert des christlichen Glaubens in der Gesellschaft bemisst sich nicht an den staatlichen Privilegien, sondern daran, wie weit die christlichen Gemeinden selbst in der Lage sind, ein positives Bild des Christentums nach außen zu vermitteln. In dem Zusammenhang kann ich mir als Mitglied einer besonders kleinen Kirche die Anmerkung nicht verkneifen, dass gerade kleine Kirchen oft ein sehr lebendiges Gemeindeleben und eine gute Jugendarbeit haben, ohne aber selbst in der Lage zu sein, eigenen konfessionellen Religionsunterricht anzubieten. Das schadet z.B. dem altkatholischen Gemeindeleben nicht. Trotzdem gibt es engagierte altkatholische Kinder und Jugendliche. Und auch die Bewertung politischer Programme und Positionen sollte weit über die Bewertung der Haltung zum Religionsunterricht hinausgehen, sondern die für Christinnen und Christen besonders wichtigen Themen wie u. a.

- Menschenrechts- und Asylpolitik

- Bewahrung der Schöpfung
- Soziale Gerechtigkeit

beinhalten.

Ansonsten laufen die Kirchen Gefahr, besonders die Wahl von Personen zu befördern, die zwar das Bekenntnis zum Religionsunterricht auf den Lippen führen, in ihrem politischen Handeln z.B. bei Abschiebungen oder der Beschneidung der Rechte und Hilfen für Erwerbslose weit von einer christlichen Grundhaltung entfernt sind. Gerne stehe ich zum weiteren Gespräch auch in Ihren Kirchengemeinden selbst zur Verfügung. Meinen Brief geben Sie bitte in Gänze an Interessierte weiter. Die plakative und provokante Form Ihres Fragekataloges möchte ich hingegen gerade als Christ nicht unterstützen.

Thorsten Schröder (Steglitz-Zehlendorf WK 2)

① Die Einführung des Faches Ethik erachte ich angesichts der Debatten um gemeinsame gesellschaftliche Grundansichten und die Aufklärung darüber für erstrebenswert. Der freiwillige Besuch des Religionsunterrichts ist weiterhin zu ermöglichen.

② Religionsunterricht ist und bleibt freiwillig. Sollten sich Personen gegen den Religionsunterricht entscheiden, so ist dies ihre freie Wahl. Sollten die Besuchszahlen des Religionsunterrichts in Folge der Einführung des Ethikunterrichts rückgängig sein, so hätte dies für mich persönlich keine Konsequenzen.

③ Für eine solche Änderung werde ich mich voraussichtlich nicht einsetzen.

④ Leider kann ich nicht beantworten, woran dies liegt. Angesichts der Religionsfreiheit sollte aber auch ein verfassungskonformer Islamunterricht möglich sein.

⑤ Soweit das Thema angesprochen wird, werde ich mich ihm nicht entziehen. Diskussionen darüber gehören bei Bedarf selbstverständlich in den Wahlkampf.

Maren Schellenberg (Steglitz-Zehlendorf WK 6)

... gestatten Sie mir zunächst einige persönliche Bemerkungen zu meiner persönlichen Stellung zur Kirche und dem Umgang der Kirche mit der Einführung des Faches Ethik.

Ich selbst habe 1981 Abitur am Evangelischen Gymnasium Siegen Weidenau gemacht. Am Evangelischen Gymnasium fand ein hochinteressanter qualifizierter Religionsunterricht statt, an dem selbstverständlich ein großer Teil der Schüler freiwillig teilgenommen hat. Ich bin seit meiner Taufe im Jahr 1962 meistens gerne Mitglied der Evangelischen Kirche. Meine Kinder haben den evangelischen Kindergarten der Ernst-Moritz-Arndt-Gemeinde in Zehlendorf besucht und sind beide ebenfalls getauft.

Ich führe dies aus, damit Ihnen klar ist, dass meine nachfolgenden Ausführungen und die Beantwortung Ihrer deutlich tendenziös gestellten Fragen nichts mit Misstrauen oder Opposition gegenüber der Kirche oder der Religion als solcher zu tun hat. Was mich allerdings im letzten Jahr maßlos geärgert hat und (hätte ich mehr Zeit) bereits zu einem persönlichen Schreiben an die Verantwortlichen geführt hätte, ist der Umgang, den die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (meine Kirche) mit der Einführung des Pflichtfaches Ethik betreibt.

Ich empfinde es als der Evangelischen Kirche nicht würdig, wenn Grundschulkindern der zweiten Klasse (wie im Falle meiner Tochter) dermaßen unter Druck gesetzt und indoktriniert werden um ihre Eltern zu einer Unterschrift gegen die Einführung des Ethikunterrichtes zu bewegen, dass sie ohne eine schriftliche Entschuldigung der Mutter „warum sie dies nicht unterschreibe“, Angst haben in den Unterricht zu gehen. Ich finde es auch empörend, wenn Grundschulkindern mit Unterschriftenlisten in der Nachbarschaft herumgeschickt werden, um mit der Begründung „wenn Sie nicht unterschreiben wird meine Religionslehrerin arbeitslos“ undifferenziert für Widerstand gegen die Einführung eines Pflichtfaches Ethik zu werben.

Ich bitte Sie, diese Umstände des Zustandekommens Ihrer Unterschriftenlisten und des angeblichen Widerstandes der Eltern, Pädagogen und bildungspolitischen Verbände offen zu legen und zu berücksichtigen, wenn Sie damit werben.

① Ich beurteile die Einführung des Faches Ethik als Pflichtfach als sinnvoll, dringend notwendig und als eine Bereicherung für die Kinder und für die Schule. Es ist gerade im Fach Ethik ausgesprochen wichtig,

dass alle Schülerinnen und Schüler, unterschiedlicher Konfessionen gemeinsam das Thema behandeln. Für meine Kinder wünsche ich außerdem eben nicht, dass sie gezwungen sind zwischen den beiden Fächern wählen und auf eines verzichten zu müssen. Religionsunterricht kann Ethikunterricht nicht ersetzen. Zum angeblichen großen Widerstand der Eltern, Schulleiter etc. habe ich bereits oben Stellung genommen und verweise auf die bekannte Tatsache, dass diejenigen, die mit einer Regelung zufrieden sind, im Normalfall nicht dagegen protestieren.

② Wenn der Religionsunterricht nicht gut, interessant und selbstbewusst genug ist, um Kinder und Jugendliche trotz einer hohen schulischen Belastung zu begeistern, zu binden und zu überzeugen, dann ist er mit oder ohne ein Pflichtfach Ethik heute und in Zukunft nicht schützenswert. Die Teilnahme am Religionsunterricht ist freiwillig und muss es auch bleiben.

③ Nein.

④ Ein Religionsunterricht auf freiwilliger Basis sollte in Berlin für alle Glaubensgemeinschaften angeboten werden, so auch ein islamischer. Um Radikalisierung zu verhindern, muss dieser auch einer gewissen staatlichen Aufsicht unterliegen. Ich erlaube mir allerdings die Frage, inwieweit die evangelische und die katholische Religionsgemeinschaft bereit sind, eine staatliche Aufsicht ihres Religionsunterrichts zuzulassen oder bereits zulassen.

⑤ Ich würde mich sehr freuen, wenn eine konstruktive und sachliche Diskussion zum Thema Einführung des Pflichtfaches Ethik in meinem Wahlkreis zu Stande käme und Sie mich hierzu einladen würden.

Irmgard Franke-Dressler (Steglitz-Zehlendorf WK 7)

① Eine gemeinsame Auseinandersetzung aller Schüler/innen im Klassen- oder Kursverbund mit weltanschaulichen, religiösen und ethischen Fragen ist einem, nach Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften getrennten Unterricht vorzuziehen.

② Schülerinnen und Schüler, die großen Wert auf konfessionsgebundenen Unterricht legen, werden diesen neben dem Pflichtfach "Ethik" weiterhin anwählen. Religions- und Weltanschauungsunterricht war bisher immer freiwillig, und die relativ niedrigen Teilnehmerzahlen sprechen eine deutliche Sprache.

③ Nein.

④ Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind in Berlin nicht in der Regierungsverantwortung. Daher kann ich die Frage nicht beantworten. Ich bin aber der Meinung, dass in der Schule konfessionsgebundener Religionsunterricht auf freiwilliger Basis für alle Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften, die die juristischen Voraussetzungen erfüllen, möglich sein muss.

⑤ Ich werde mich zum Thema: "Religionsunterricht/Ethik" konstruktiven Diskursen stellen.

Thomas Birk (Tempelhof-Schöneberg WK 1)

Siehe oben

Dr. Sibyll Klotz (Tempelhof-Schöneberg WK 4)

Siehe oben

Fritz Matschulat (Tempelhof-Schöneberg WK 8)

Da immer mehr Religionsgemeinschaften in den öffentlichen Schulen Religionsunterricht geben wollen und auch dürfen, die vermittelten Inhalte (z.B. beim Islam) aber überhaupt nicht zu kontrollieren sind, halte ich einen völligen Verzicht von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen für die beste Lösung. Der Staat sollte sich da total heraushalten. Diese Situation wäre zwar auch nicht völlig befriedigend, da ich im Grunde einen Religionsunterricht der traditionellen Kirchen für durchaus sinnvoll halte. Im Hinblick auf die veränderte Situation ist aber das Unterrichtsfach Ethik für alle Schülerinnen und Schüler eine akzeptable Lösung.

Gabriele Vonnekold (Neukölln WK 1)

① Als Kandidaten in einem Wahlkreis in dem Menschen aus über 160 Nationen mit den unterschiedlichsten kulturellen, traditionellen, religiösen und weltanschaulichen Wurzeln leben, halte ich es für dringend erforderlich, dass in der Schule verbindlich und ohne Abwahlmöglichkeit über die Grundlagen unserer demokratischen Grundwerte und der verschiedenen Bekenntnisse informiert wird. „Ethik“ soll helfen Vorurteile abzubauen. Gegenseitiges Verständnis und ein tolerantes Miteinander sind nur auf der Basis von solider Information möglich.

Ich wäre sehr froh, wenn die Kirchen diesen Unterricht nicht als Konkurrenz betrachten würden, sondern als Chance ihre Werte gerade denen vermitteln zu können, die sie sonst niemals erreichen würden.

② Der Religionsunterricht war in Berlin schon immer ein zusätzliches Angebot, die Alternative war schon immer Freizeit, daran ändert sich nichts. Wenn die Teilnahme am Religionsunterricht nicht die Erwartungen erfüllt, so liegt das eher daran, dass in einigen Stadtgebieten die Kinder anderer Bekenntnisse deutlich in der Mehrheit sind, in anderen Religion jahrzehntelang kaum ein Thema war, als an der Einführung von „Ethik“ als Unterrichtsfach. Ein Unterricht zur Entstehung unserer Werte und zur Religionskunde kann im Gegenteil Neugier auf einen Bekenntnisunterricht wecken. Ob Schüler/innen freiwillige Angebote nutzen hängt davon ab, ob sie ihnen interessant erscheinen. Ich persönlich habe bis zum Abitur am freiwilligen evangelischen Religionsunterricht teilgenommen und betrachte dies nach wie vor als Gewinn.

③ Aus den oben aufgeführten Gründen, werde ich nicht dafür eintreten, dass es eine Wahlmöglichkeit geben kann.

④ Ich unterstütze die Einführung islamischen Religionsunterrichtes unter der Bedingung, dass er von Institutionen erteilt wird, die demokratisch fundiert sind und ihre Aktivitäten auch jederzeit überprüfen lassen. Allerdings bin ich auch bei einer Einführung des islamischen Religionsunterrichtes für eine Beibehaltung der bestehenden Rechtslage. Bekenntnisunterricht soll auch in Zukunft ausschließlich auf freiwilliger Basis stattfinden.

⑤ Ich werde mich jeder Diskussion stellen und dabei sowohl für ein verbindliches Werte vermittelndes Unterrichtsfach für alle Schüler/innen als auch für eine saubere Trennung zwischen staatlichem Unterricht und dem von Religionsgemeinschaften angebotenen Bekenntnisunterricht einsetzen.

Michael Wendt (Neukölln WK 2)

① In einer Stadt in der so viele Menschen unterschiedlicher Traditionen, Kulturen und Religionen leben, halte ich es für eine Pflicht der Institution Schule hier zu erklären, zu vermitteln und um Verständnis zu werben. Diesem Prozess sollten sich einzelne Schülerinnen und Schüler auch nicht durch die Wahl von Religions- oder Weltanschauungsunterricht entziehen können. Konzeptionell - nicht in einzelnen Details - stehe ich daher zum Pflichtfach.

② Natürlich verändert jede Änderung der Studentafel die Bedingungen aller freiwilligen Angebote. Dennoch würde ich es für falsch halten, wenn etwa zwischen Religion und Ethik genauso gewählt werden könnte, wie zwischen Physik und Chemie. Die Auswirkungen sind offen. Theoretisch könnte Ethikunterricht sogar dazu führen, Schülerinnen und Schüler zu ermutigen, sich mit einer Religion oder Weltanschauung intensiver zu befassen.

③ Aus meinen bisherigen Antworten können Sie sicher erkennen, dass ich dies nicht beabsichtige.

④ Islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht und in Kooperation mit islamischen Gemeinschaften dürfte in Berliner Schulen ein sinnvolles Angebot sein. Allerdings sollte die Teilnahme wie die Teilnahme an Angeboten aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften freiwillig bleiben.

⑤ Der Verlauf meiner Wahlkampfveranstaltungen ist weniger von mir als von den Fragen der Bürgerinnen und Bürger abhängig. Thematisch stelle ich mich auch diesem Thema gern, halte es allerdings nicht für ein zentrales Wahlkampfthema.

Markus Nitschke (Neukölln WK 4)

① Ich darf doch hoffen, dass es Argumente waren, die Sie vorgetragen haben und nicht Existenzängste oder Ideologie. Mir als evangelischem Christen ist die Freiheit der Kirchen Religionsunterricht durchführen zu können wichtig. Die Freiheit des Staates, ein Schulfach neu einzurichten, auch eines, das sich mit Fragen der Religion und der Ethik beschäftigt, steht dem aber um nichts nach.

② Die Bedingungen des evangelischen wie des katholischen Religionsunterrichts verändern sich ohnehin, es gibt weniger Kinder, weniger Familien mit „christlichem Hintergrund“ und weniger Finanzmittel der Kirchen. Und jetzt ändern sich die Bedingungen eben noch zusätzlich durch die Einführung des Unterrichtsfaches Ethik. So what? Anstatt sich in einem Reservat zu verkriechen, sollten die Kirchen sich für einen attraktiven, guten und herausfordernden Religionsunterricht einsetzen, dann hat dieser alle Chancen erfolgreich zu sein.

③ Nein. Ethik ist ein neues Fach für alle SchülerInnen. Religionsunterricht darf evangelisch, buddhistisch, islamisch, katholisch, jüdisch oder was auch immer sein, im allgemeinverbindlichen Ethikunterricht sollen alle SchülerInnen zusammen unterrichtet werden und sich austauschen: solche, die einer Glaubensgemeinschaft angehören, solche ohne Konfession und solche, die auf der Suche sind. Wie traurig wäre es, wenn in Ethik die Christen fehlen würden!

④ Fragen Sie das den rot-roten Senat. Nach der Wahl, in einer Koalition unter Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen werden die Antworten sicher anders ausfallen als gegenwärtig.

⑤ Z. B. in dem ich Ihnen diese Fragen beantworte. Ansonsten überlasse ich dieses Thema den Fachleuten für Bildungs- und Schulpolitik. (Fach-)Politik funktioniert arbeitsteilig, deshalb gibt es bei den GRÜNEN, wie in jeder Partei, Spezialisierungen. Ich selbst bin Experte für Gesundheitspolitik.

Jürgen Biele (Neukölln WK 6)

① Ethik ist meines Erachtens die Vermittlung von Werten frei von weltanschaulichen Bindungen. Ethik als Pflichtfach ist die Umsetzung des Neutralitätsgebotes des Staates gegenüber den unterschiedlichen Religionen...

② Eine Verdrängung wird nicht stattfinden, wenn das Interesse am Religionsunterricht weiterhin besteht. Der Religionsunterricht kann die Vielfalt der Weltreligionen widerspiegeln – die Freiwilligkeit ist ein wichtiges Entscheidungskriterium.

③ Ich werde mich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht dafür einsetzen, dass durch eine Änderung des Schulgesetzes zwischen Ethik und Religionsunterricht gewählt werden kann.

④ Man kann – und ich würde es begrüßen – dem Vorschlag der anderen Bundesländer folgen, ohne den rechtlichen Status des Religionsunterrichts zu verändern.

⑤ Es wird sicher kein herausragendes oder beherrschendes Thema sein, dennoch werde ich auf Fragen wie oben ausgeführt antworten.

Harald Moritz (Treptow-Köpenick WK 1)

- ① Ich hätte es befürwortet wenn es die Wahlfreiheit zwischen diesen Fächern gegeben hätte. Bin allerdings der Meinung, dass es richtig war ein Pflichtfach zur Wertevermittlung einzuführen.
- ② "Neutral" betrachtet müsste es nicht zu einer Verschlechterung der Bedingungen für den Religionsunterricht kommen, aber ich teile Ihre Befürchtung, dass der Religionsunterricht ein Stück weit verdrängt wird. Unter diesen Bedingungen werden bestimmt nicht religiös gebundene Eltern eher bereit sein, einem möglichen Wunsch ihrer Kinder nach Abmeldung vom Religionsunterricht, nachkommen, weil die ihnen wichtige Vermittlung von ethischen Werten durch das Fach Ethik abgedeckt wird. (unabhängig davon in welcher Qualität dies erfolgt) Die Teilnahme am Religionsunterricht wird dadurch zahlenmäßig abnehmen und in der Folge verdrängt werden.
- ③ Ich werde Bestrebungen unterstützen, die darauf abzielen das Schulgesetz in diesem Sinne zu verändern.
- ④ Ich denke, islamischer Religionsunterricht in der Schule muss unter staatliche Aufsicht, im Sinne der Einhaltung der verfassungsmäßigen Rechtsnormen, gestellt werden.
- ⑤ Ich werde, im eben dargestellten Sinne, auf Fragen zur Thematik Religionsunterricht/Ethik im Wahlkampf Stellung beziehen.

Axel-Werner Sauerteig (Treptow-Köpenick WK 2)

- ① Die Einführung eines Pflichtfaches in Bezug auf Ethik/Religion/Weltanschauungen halte ich als Christ für eine Selbstverständlichkeit und war notwendig. Allerdings ist für mich persönlich die Wahlmöglichkeit zwischen den Verschiedenen Angeboten - Ethik, Lebenskunde und Religionsunterricht - dabei unabdingbar.
- ② Wenn, wie zu befürchten ist, der Religionsunterricht in die Randstunden verdrängt wird, würde es Einschränkungen geben sowohl in Hinsicht auf die Akzeptanz bei Schülern als auch in Hinsicht auf das Angebot selbst. Das ist nicht hinzunehmen.
- ③ Ich denke, dass zunächst die Verfassungsmäßigkeit dieses Teils des Schulgesetzes geprüft werden muss. Anschließend wäre neu zu beraten und das Gesetz entsprechend meiner obigen Darlegungen zu ändern.
- ④ Berlin muss diesen Beispielen folgen. So wie jeder andere Unterricht auch unter staatlicher Kontrolle erfolgt, ist auch für den islamischen Religionsunterricht zu verfahren. Danach muss die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer entsprechend geregelt werden.
- ⑤ Ich werde wie bisher meine Position in Veranstaltungen und bei mündlichen oder schriftlichen Beiträgen zum Thema Schule/Religionsunterricht, wie auch hier geschehen, äußern und darstellen.

Martin von Löwis (Treptow-Köpenick WK 3)

- ① Ich glaube, dass die Schüler bzw. ihre Eltern die Wahlfreiheit zwischen dem Fach Ethik und dem Religionsunterricht haben sollten. Allerdings sollte es sich um Wahlpflicht handeln: auch atheistische Kinder sollten an einem Unterricht teilnehmen, in denen sie mit humanistischen Prinzipien und den Weltreligionen vertraut gemacht werden.
- ② Für mich ist eher die grundsätzliche Wahlpflicht von Bedeutung: sollten im Zuge einer gesellschaftlichen Entwicklung sich immer weniger Eltern entschließen, ihre Kinder zum Religionsunterricht zu schicken, ist es nicht Aufgabe des Staats, dem entgegenzuwirken. Die Trennung von Staat und Kirche ist ein hohes Gut.

③ Das Gesetz sollte meines Erachtens geändert werden; ich werde (sollte ich gewählt werden), Vorschläge sorgfältig studieren und gegebenenfalls unterstützen. Allerdings ist für Schulen, Lehrer und Schüler auch Kontinuität wichtig: ein neues Gesetz muss breite Unterstützung finden, damit es nicht selbst wieder Gegenstand von Änderungen ist.

④ In einer Demokratie entscheiden die gewählten Volksvertreter. Die jetzige Situation geht letztlich auf den Wählerwillen zurück.

⑤ Ist nicht mein Kernthema. Ich müsste mich mit allen Aspekten des aktuellen Gesetzes stärker beschäftigen, bevor ich konkrete Forderungen stellen kann.

Marcus Worm (Treptow-Köpenick WK 4)

① Die Einführung des Unterrichtsfaches Ethik an sich begrüße ich schon. Ist es doch wichtig auch in der Schule daran mitzuwirken, Toleranz, Akzeptanz von anderen Werten und Normen und anderen Religionen in unserer Gesellschaft weiter zu etablieren. Dass dies nun allerdings allein dem Fach Ethik zukommen soll, unterstütze ich nicht. Ich selbst bin dafür, dass die Schülerinnen und Schüler wählen sollten, welches Fach sie belegen möchten.

② Dies würde bedeuten, dass ich in meine Partei hinein intervenieren werde, sollten wir eine Koalition mit der SPD bilden, dass dies unbedingt geändert werden muss. Nicht schon genug, dass Kindern und Jugendlichen zugemutet wird, jetzt noch eine Stunde länger Unterricht zu haben, wenn sie am Religionsunterricht teilnehmen wollen. Es darf nicht auch noch dazu kommen, dass diese Stunden an den Rand des Stundenplans gedrängt werden oder in die so genannte „nullte“ Stunde verlegt werden.

③ Ich war persönlich von Anfang an dafür, dass eine Wahlfreiheit eingeführt wird. Ehrlicherweise muss ich aber sagen, dass die Berliner Bündnis 90 /Die Grünen die Regelung begrüßen, so wie sie jetzt ist. Ich werde aber immer wieder versuchen, meinen Standpunkt in die Debatte einzubringen, dass Wahlfreiheit zwischen den beiden Fächern hergestellt werden muss.

④ Ohne mich vor einer Antwort drücken zu wollen, habe ich keine Ahnung, warum Berlin dies nicht tut. Ich werde versuchen, mich diesem Thema nach der Wahl zu widmen.

⑤ Ich werde Fragen zu diesem Thema beantworten und meine Meinung einbringen, wo immer es möglich ist.

Peter Groos (Treptow-Köpenick WK 5)

① Das Land Berlin setzt sich über diese Bedenken hinweg, weil es der Auffassung ist, ein für alle Schüler verbindliches Fach „Ethik“ könne Werteverfall aufhalten und die gravierendsten Defizite im Bereich der Werteerziehung beheben. Ich erachte diesen Weg für falsch, die Schwächung des christlichen Religionsunterrichts für einen schweren Fehler.

② Selbstverständlich verändert die Einführung des Pflichtfachs Ethik die Rahmenbedingungen, unter denen Religionsunterricht erteilt wird – eine Verdrängung des Religionsunterrichts ist nicht nur absehbar, sondern wird billigend in Kauf genommen. Ich sehe die Verdrängung des Religionsunterrichts an den Berliner Schulen als großen Fehler an.

③ Ich werde mich aus mehreren grundsätzlichen Erwägungen für gleichberechtigte Wahlfreiheit zwischen Ethik und Religionsunterricht einsetzen: generelle Bedeutung des Religiösen für die Entwicklung der Gesellschaft; enger Zusammenhang von religiöser Bildung und allgemeiner Wertebildung sowie dem Bekenntnis; Ablehnung des staatlichen Anspruchs, auf eine monopolisierte Werteerziehung, wie er im Pflichtfach Ethik zum Ausdruck kommt.

④ Berlin sollte diese Vorbildern dringend folgen und den Rechtsstatus des Religionsunterrichts verbessern. Auch für den interreligiösen Dialog ist ein Werte-, Wissens- u. Glaubensfundament auf allen Seiten unerlässlich.

⑤ Ich werde das Thema immer dann aufgreifen, wenn Bildungs- und Schulpolitik thematisiert werden. Die Frage „Ethik/Religionsunterricht“ hat für mich darüber hinaus große Bedeutung als Beispiel für die Gefährdungen einer pluralistisch aufgebauten, freiheitlichen Gesellschaft.

Thomas Fischer (Treptow-Köpenick WK 6)

① Nach meiner Ansicht gibt es gerade in unserer multikulturellen Stadt mit ihren vielen Religionsgemeinschaften ein wachsendes Bedürfnis zur Information und Wissensvermittlung über religiöse und weltanschauliche Fragen, die die Einführung eines ordentlichen Lehrfachs an den Schulen rechtfertigt. Jedoch ergibt sich aus dem Grundgesetz, dass auch der Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach an den Schulen anzubieten ist. Wenn also aus der historisch bedingten Sonderrolle Berlins Religionsunterricht bisher nur eine freiwillige Veranstaltung war, dann ist es bei einer Einführung von „Ethik“ schon aus Gründen der Gleichbehandlung zwingend geboten, auch „Religion“ als verpflichtendes Unterrichtsfach an den Berliner Schulen zu etablieren. Ferner gebietet die weltanschauliche Neutralitätspflicht des Staates, den betroffenen Eltern und Schülern die freie Wahl zwischen eines dieser beiden Unterrichtsfächer zu belassen.

② Für mich würde eine tatsächliche Verdrängung des auf freiwilliger Basis angebotenen Religionsunterrichts durch die Einführung des Schulfachs Ethik einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes bedeuten, so wie ich es in der Antwort zur Frage 1 bereits angedeutet habe. Hinzu kommt, dass dies auch einen Eingriff in die grundgesetzlich geschützte Religionsfreiheit der Eltern und Schüler darstellen könnte, der genauso abzulehnen ist.

③ Wenn ich als Abgeordneter sozusagen „amtlich“ mit dieser Fragestellung befasst würde, können Sie bereits meinen beiden vorstehenden Antworten entnehmen, dass ich aus grundsätzlichen Erwägungen für eine rechtliche und sachliche Gleichstellung beider Unterrichtsfächer eintrete.

④ Nach meiner Auffassung hat der sich als weltanschaulich neutral verstehende Staat gleichwohl dafür zu sorgen, dass Religionslehrer nach wissenschaftlichen Methoden grundsätzlich an deutschen Hochschulen ausgebildet und mit Blick auf die islamischen Gemeinschaften auf die Wertentscheidungen des Grundgesetzes verpflichtet werden. Wenn in diesem Sinne andere Bundesländer als Vorbilder für die Berliner Schullandschaft dienen können, spricht meines Erachtens nichts dagegen, den rechtlichen Status des Religionsunterrichts im Land Berlin entsprechend zu verändern.

⑤ Die genannte Problematik gehört für mich nicht zu den Themen, die mich vorrangig umtreiben. Ich bin vom Grundsatz her eher an der pragmatischen Lösung von Problemen interessiert, die von den Bürgern an mich herangetragen werden, wobei ich mich von den grundlegenden Aussagen meiner Partei, von Bündnis90/Die Grünen leiten lasse.

Jedoch bin ich auch als Vater zweier schulpflichtiger Söhne, die nun beide ein Gymnasium besuchen, sehr an ihrem schulischen Werdegang und Fortkommen interessiert. Dazu gehört auch das Fach Religion, dem ich auch unter dem Gesichtspunkt eine große Bedeutung beimesse, dass von den beiden Amtskirchen seit Jahrhunderten eine tiefe kulturelle Prägung der Gesellschaft ausgegangen ist, die unabhängig vom Geschichtsunterricht die Einführung eines eigenen, gleichberechtigten Unterrichtsfaches rechtfertigt

Nickel von Neumann (Marzahn-Hellersdorf WK 5)

① Ich betrachte die Einführung von Ethik als Pflichtfach als mit dem Geist des Grundgesetzes nicht vereinbar. Ich bin dafür, dass Schülerinnen und Schüler aus einem Fächerbereich wählen können.

② Die Bedingungen für den Religionsunterricht werden sich verschlechtern und das ist sicher auch Ziel eines Teils der Vertreter von Ethik als Pflichtfach für alle.

③ Ich arbeite seit Jahren für die Wahlmöglichkeit zwischen Ethik und Religionsunterricht und werde mich auch weiterhin dafür einsetzen. Z. B. habe ich am 1. Juni 2006 am S-Bahnhof Karlshorst um 6.30 Uhr die entsprechenden Pfingstflyer für den Religionsunterricht verteilt.

④ Berlin müsste seine Verfassung ändern und dies wird von den regierenden Parteien nicht gewünscht. Vielleicht wäre in dieser Frage eine Volksabstimmung in Berlin zu erwägen.

⑤ Es ist nicht das Hauptthema in meinem Wahlkreis. Wenn ich angesprochen werde, vertrete ich die oben beschriebene Position. Sie weicht von den Beschlüssen meiner Partei ab. Meine Partei fordert verpflichtenden Ethikunterricht (LER) für alle Schülerinnen und Schüler und bemerkt, dass zusätzlich freiwilliger Religionsunterricht angeboten werden kann.

Hans-Jürgen Thiel (Lichtenberg WK 1)

① Diese Frage suggeriert, es gibt es gibt keine Übereinstimmung zwischen Ethik Religion und Weltanschauung. Sie treten offensichtlich dafür ein, dass die Schüler sich für nur ein Unterrichtsfach entscheiden sollen, und nicht die Möglichkeit erhalten, sowohl Ethik als auch Religion zu besuchen.

Ich jedenfalls begrüße die Einführung eines Ethikfaches an den Schulen für alle Schüler. Bietet dieses gemeinsame Fach die Chance, die durch ein gegliedertes Schulsystem sowie unterschiedliche Religion und Weltanschauung selektierten Schüler an eine gemeinsame Wertevorstellung heranzuführen. Selbstverständlich ist es nicht die Aufgabe eines gemeinsamen Wertefaches, eine Religion oder Weltanschauung als die Richtige oder einzig Wahre darzustellen.

② Eine Verdrängung des Religionsunterrichtes durch Ethik sehe ich nicht. Sollte es aber trotzdem dazu kommen, müssten die Ursachen dafür ermittelt werden. Eine Möglichkeit wäre, in Ethik wird soviel über Religion vermittelt, dass einige Schüler, die sich nur über die Glaubensrichtungen informieren wollen, nicht mehr Religion zusätzlich besuchen. Hier können natürlich die Religionslehrer, durch einen interessanten Unterricht gegensteuern.

③ Hier lautet meine Antwort „Nein“.

④ Ich bin der Ansicht, dass alle Religionen und Weltanschauungen, die sich zu Toleranz und Weltverbundenheit bekennen, die gleichen Rechte haben sollten. Wenn die eine Kirche Religionsunterricht an den Schulen halten kann, müssen die Anderen es natürlich auch dürfen, oder aber das Fach Religion sollte ganz gestrichen werden.

⑤ Wenn dieses Thema nicht ausdrücklich angeschnitten wird, ist es eher von untergeordneter Bedeutung.

Zusammenfassend möchte ich noch bemerken: Mit der von einigen Kirchenkreisen losgetretenen Diskussion über die Abwahlmöglichkeit von Ethik zugunsten des Religionsunterrichtes, drängt sich bei mir der Verdacht auf, hier geht es eher um eine Ausweitung des Faches Religion, als um eine breite Wissensvermittlung. Warum fordern Sie nicht eine Abwahlmöglichkeit von Physik, Mathe oder Deutsch zugunsten von Religion? In dieser Frage scheint es mir eher darum zu gehen, auf Kosten des Steuerzahlers (auch der Nichtkirchlichen) mehr Religionslehrer beschäftigen zu können. Solange dies die Haltung der beiden großen Amtskirchen ist, bitte ich Sie darum, für meine Partei und mich keine Wahlempfehlung zu geben.

Michael Heinisch (Lichtenberg WK 2)

① Ich möchte Ihnen hier auf zwei Ebenen antworten. Die erste Ebene: Nach intensivem Diskussionsprozess hat sich der Landesverband Bündnis 90 / Die Grünen in einem Mehrheitsbeschluss auf das Ergebnis verständigt, das die Einführung eines regulären Unterrichtsfaches, in dem sich alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Fragen des Zusammenlebens in unserer vielfältigen Gesellschaft beschäftigen, als „Pflichtfach“ befürwortet wird. Teil dieser Verständigung ist auch die Auffassung, dass Religionsunterricht in der Schule seinen festen Platz haben und behalten soll, mit seinem eigenen Profil, mit eigener Berechtigung, als Wahlfach. Religionsunterricht und Ethik sollen keine Alternativen sein, sondern sich ergänzen. Dem gegenüber steht meine persönliche Überzeugung, dass es mir sinnvoller erscheint, plurale Angebote in der Schule zu schaffen in Fortsetzung der – meines Erachtens nach - erfolgreichen Schulversuche in Berlin. Hier können in eigenständigen Fächern Religionen und Bekenntnisse in Besinnung und Vertiefung der eigenen Werte behandelt werden. Wichtig ist es dabei, dass Dialog und Kommunikation zwischen den jeweiligen Fächern integrierter Bestandteil der pluralen Angebote ist. In meiner Partei Bündnis 90 / Die Grünen werden Entscheidungen demokratisch getroffen, dazu gehört auch, dass meine Überzeugung dort zurzeit keine Mehrheit hat. Deshalb werde ich für meine Auffassung weiterhin werben und – so hoffe ich –

durch mein persönliches Zeugnis dazu beitragen, das diese meine persönliche Überzeugung mehrheitsfähig wird.

② Ich bin davon überzeugt, dass die christlichen Kirchen wie bisher entsprechend ihrem christlichen Auftrag phantasievoll und überzeugend auftreten werden, und so junge Menschen für die Teilnahme am Religionsunterricht gewinnen werden. Insbesondere in unserer Zeit, wo – wie ich immer wieder erlebe – junge Menschen eher verstärkt nach Werten nachfragen, als Handlungs-Grundlage für ihr Leben in einer immer unübersichtlicher werdenden Gesellschaft.

③ Nein und Ja.

Ja: Innerhalb der Bündnis90/Die Grünen werde ich mich für dafür einsetzen, das die Auffassungen sich dahingehend verändern.

Nein: Ich fühle mich als Kandidat meiner Partei und ihren demokratischen Mehrheitsentscheidungen verpflichtet. Deshalb werde ich mich zurzeit nicht für eine Änderung des Schulgesetzes an dieser Stelle einsetzen können.

④ Ich bin sehr daran interessiert, dass Lehrkräfte, die islamischen Religionsunterricht erteilen, ebenso gut qualifiziert werden wie evangelische und katholische Religionslehrerinnen und -lehrer. Gegen solchen auch islamischen Religionsunterricht ist aus meiner Sicht nichts einzuwenden. Was die staatliche Aufsicht betrifft, sehe ich keinen grundlegenden Unterschied zum rechtlichen Status des Religionsunterrichts in anderen Bundesländern. Auch dort darf Religion nur in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der jeweiligen Religionsgemeinschaften unterrichtet werden.

⑤ Ich werde verdeutlichen, das es in erster Linie um die Frage geht, wie Menschen mit ganz unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen und kulturellen Hintergründen friedlich, frei und gleichberechtigt in Berlin zusammenleben können. Dazu gehört meines Erachtens ein für die eigene Person stimmiges, entwicklungsfähiges, demokratisches Wertesystem, auf dessen Hintergrund Überzeugungen und Handlungen konkret werden. Dazu kann ein Ethik-Unterricht ein Beitrag sein, dazu kann auch ein Religionsunterricht ein Beitrag sein. Die Gestaltung des Zusammenlebens in unserer Stadt trotz aller Unterschiedlichkeiten ist eines meiner Hauptthemen im Bezirk Lichtenberg, den ich vertrete. „Integration durch Multikulturalität“ ist dabei eines der Leitthemen, die ich mich bemühe, in „meinem“ Bezirk Lichtenberg und darüber hinaus in Berlin mit Leben zu erfüllen.

André Stephan (Lichtenberg WK 4)

Siehe oben

Alexander Rodis (Lichtenberg WK 5)

Siehe oben

Antworten aus der FDP

Henner Schmidt (Mitte WK 2)

- ① Im Bereich des Religions- bzw. weltanschaulich geprägten Unterrichts ist Wahlfreiheit unabdingbar. Da es keinen neutralen weltanschaulichen Unterricht geben kann, müssen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, zwischen verschiedenen Überzeugungen klar wählen zu können. Das Einheitsfach Ethik lehne ich deshalb ab.
- ② Ethik als Pflichtfach führt dazu, dass Religionsunterricht nur noch am Rande wahrgenommen wird. Damit wird der Religionsunterricht in eine Nische verdrängt. Ich werde mich deshalb für die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion/Ethik/Philosophie mit Religionsunterricht als gleichrangiger Alternative einsetzen.
- ③ Aus grundsätzlichen Überlegungen, die ich oben dargestellt habe, werde ich mich für eine solche Änderung einsetzen. Dieses Ziel ist auch Bestandteil des Wahlprogramms der FDP.
- ④ Berlin sollte diesem Vorbild folgen. Auch islamischen Schülerinnen und Schülern muss es ermöglicht werden, einen Religionsunterricht zu erhalten, der Mindeststandards erfüllt. Dies sollte durch eine Änderung des Schulgesetzes in diesem Sinne erreicht werden.
- ⑤ Für die FDP ist das Thema „Religionsunterricht/Ethik“ im Wahlkampf wichtig. Ich werde mich im Wahlkampf klar für die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion/Ethik/Philosophie aussprechen.

Peter Pawlowski (Mitte WK 3)

- ① Ich (wie auch meine Partei) betrachte die Entscheidung des Senats, Ethik als Pflichtfach als Skandal. Alle Schüler sollen frei zwischen Ethik und Religionsunterricht wählen dürfen.
- ② Die Gefahr der „Verdrängung“ des Religionsunterrichts durch das Fach Ethik ist sehr groß. Seien wir ehrlich, kein Kind genauso wie wir) bleibt gerne in der Schule länger als es notwendig ist. Zwangsläufig werden die meisten Schüler beim Pflichtfach Ethik bleiben und auf Religionsunterricht verzichten.
- ③ Ja. Auf jeden Fall werde ich die Änderung des Schulgesetzes unterstützen. Und zwar aus Grundüberzeugung.
- ④ Diese Frage kann nur von dem Senat und den regierenden Parteien beantwortet werden. Durch die fatale Entscheidung des Senats, hat sich der Staat jeglicher Kontrolle über Islamunterricht entzogen. Das kann schwerwiegende Folgen haben.
- ⑤ Ich werde an einigen Veranstaltungen in den Schulen teilnehmen. Dann werde ich das Thema ansprechen.

Peter Lundkowski (Mitte WK 5)

- ① Ethik als „neues“ Fach hat durchaus seine Berechtigung, allerdings nur in Verbindung mit dem Prinzip der Wahlfreiheit. Dieses Modell (Wahlfreiheit zwischen Ethik/Philosophie und Religion) hat sich in den letzten Jahren an vielen Gymnasien – z.B. am Lessing-Gymnasium im Ortsteil Wedding – im Schulversuch bewährt.
- ② Die neue Regelung (Pflichtfach Ethik) wird dazu führen, dass Religion nur noch in den Randstunden oder sogar in den Nachmittagsstunden stattfinden wird.
- ③ Ja. Eltern und Schüler müssen die Wahlfreiheit besitzen – ein grundlegendes Prinzip in einer liberalen Partei. Das bedeutet dann auch, dass Religion ein ordentliches Unterrichtsfach wird.

④ Ganz wichtig! Nur so kann garantiert werden, dass im islamischen Unterricht keine Fundamentalisten die Inhalte bestimmen.

⑤ Als pensionierter Gymnasiallehrer, der auch Philosophie unterrichtet hat, werde ich bei jeder schulpolitischen Veranstaltung im Sinne der Wahlfreiheit argumentieren. Religion muss Wahlpflichtfach werden mit dem Alternativfach Ethik/Philosophie, damit der Sonderweg Berlins endlich beseitigt wird.

Natja Denk (Mitte WK 6)

① Ich halte den Berliner Sonderweg in dieser Hinsicht für einen Irrweg, noch dazu für einen völlig überflüssigen, und spreche mich, ebenso wie die Berliner FDP das in Gänze tut, ausdrücklich für die Wahlfreiheit zwischen Religions- und Ethikunterricht aus.

② Es besteht meiner Meinung nach durchaus die Gefahr, dass durch das Fach Ethik der Religionsunterricht allmählich zu einer Marginalie wird. Wie überall, wo die (Wahl)Freiheit verloren geht, wird das Ergebnis beklagenswert sein, nicht nur für uns Liberale, übrigens. Ich hoffe, dass die Berliner Politik dies nicht erst dann erkennt, wenn es zu spät ist. Die FDP wird sich dafür einsetzen, ich werde mich dafür einsetzen, dass Ethik und Religion als Wahlpflichtfächer nebeneinander existieren dürfen.

③ Ausdrücklich: Ja. Die FDP hat die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion mit der Alternative Ethik/Philosophie übrigens als Ziel in ihr Wahlprogramm aufgenommen.

④ Ich finde, Berlin sollte diesem Modell folgen. Meine Partei verfolgt genau dieses Ziel.

⑤ Als Kandidatin in einem Wahlkreis, der ethnisch und kulturell zu meiner Freude sehr bunt ist, wird Religion als wesentlicher Ausdruck kultureller Identität ständig Aspekt in Veranstaltungen und bei Diskussionen auf der Straße, d.h. am Wahlkampfstand, sein. Ich werde deutlich machen, dass ein fundierter und pädagogisch hochwertiger Religionsunterricht – ob katholisch, evangelisch, islamisch oder noch anderer Prägung – sinnvoll und notwendig ist, und es außerdem dem Bürgerrechtsverständnis dieses Landes entspricht, dass Wahlfreiheit bestehen soll statt Einheitslösungen aufzuoktroieren. Zudem sollte Berlin hier keinen Sonderweg einschlagen, wenn die Praxis im Rest der Republik anders ist und die Erfahrungen mit dieser so gut.

Marcus Scharein (Pankow WK 8)

① Ich empfinde eine Bevormundung als unerträglich. Jeder Mensch sollte die Freiheit haben selbst zu entscheiden, welche Alternative er bevorzugt!

② Der Religionsunterricht würde mit Sicherheit zurückgedrängt, da gibt es für mich keinen Zweifel. Unsere Gesellschaft entzieht sich auf diese Weise immer stetiger ihrer christlichen Wurzeln. Das empfinde ich, als Christ desto mehr, nicht nur als traurig, sondern auch als gefährlich!

③ Davon können Sie ausgehen! Meine Partei, die FDP, hat übrigens genau das in ihrem Wahlprogramm stehen.

④ Das frage ich mich auch. Mit den Liberalen im Senat gäbe es aber zumindest eine Kraft, die sich vehement dafür einsetzen würde. Genau DAS ist nämlich unser Ziel.

⑤ Das Thema „Religionsunterricht/Ethik“ wird bei den FDP-Wahlkampfveranstaltungen immer einen wichtigen Platz bekommen! Freiheit in der Persönlichkeitsentfaltung sieht anders aus als das, was wir in Berlin gerade bei diesem Thema erleben!

Über Ihre Fragen zum Religionsunterricht habe ich mich aus zwei Gründen sehr gefreut. Die FDP Berlin hat sich für den Abgeordnetenhauswahlkampf 2006 neben der Wirtschaftspolitik als weiteren Schwerpunkt die Bildungspolitik gesetzt, da von den bildungspolitischen Weichenstellungen der nächsten Jahre die Zukunftschancen unserer Kinder in der Region Berlin-Brandenburg abhängen. Auch persönlich bin ich sehr an bildungspolitischen Fragen interessiert, da ich neben meinem Archäologiestudium ein Lehramtsstudium in Griechisch und Latein absolviert habe. Daher bin ich auch Mitglied im FDP-Landesfachausschuss Schule, Volksbildung und Sport. ...

Ihre Fragen beantworte ich folgendermaßen:

① Das von Rot-Rot beschlossene Einheitsfach Ethik lehnt die FDP ab. Es ist eine bildungspolitische Grundüberzeugung der Liberalen, dass die Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern selbst entscheiden sollen, ob ein religiöses Bekenntnis bei der schulischen Wertevermittlung Berücksichtigung finden soll oder nicht. Daher setze ich mich zusammen mit der FDP für das Wahlpflichtfach Religion mit der Alternative Ethik/Philosophie ein.

② Meiner Einschätzung nach steht in der Tat zu befürchten, dass der Religionsunterricht mit Einführung des Einheitsfaches Ethik gefährdet ist. Die FDP und in Person insbesondere Mieke Senftleben, die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus, haben immer wieder darauf hingewiesen, dass eine solche Entwicklung nicht dem Schüler- und Elternwillen entspricht und daher nicht hingenommen werden kann. Persönlich würde ich die Zurückdrängung des Religionsunterrichts sehr bedauern, da ich auch selbst in meiner Jugend vom Religionsunterricht profitiert habe.

③ Ja, die FDP fordert in ihrem Wahlprogramm vor allem aus grundsätzlichen Erwägungen die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion mit der Alternative Ethik/Philosophie. Zusammen mit der FDP setze ich mich für die Vielfalt der Bildungsangebote ein, unter denen die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern auswählen können. Wettbewerb nicht nur zwischen den verschiedenen Schultypen, sondern auch zwischen den Bildungsangeboten ist ein Wesensmerkmal liberaler Bildungspolitik.

④ Berlin sollte diesem Vorbild folgen und keinen Sonderweg gehen. Die FDP setzt sich daher dafür ein, dass jedes anerkannte religiöse Bekenntnis unter staatlicher Aufsicht Religionsunterricht anbieten darf. Wichtig ist aber, dass der islamische Religionsunterricht genauso wie der christliche nur durch staatlich ausgebildete Lehrkräfte erfolgen darf.

⑤ Mit meinem politischen Engagement verfolge ich das Ziel, mit Menschen ins Gespräch zu kommen und Sie bei der Lösung ihrer Probleme zu unterstützen. Aus diesem Politikverständnis heraus habe ich mich dazu entschlossen, bis zu den Wahlen jeden Tag durch meinen Wahlkreis zu spazieren und mit Leuten zu sprechen. Die Routen meiner Spaziergänge finden Sie auf meiner Homepage www.lauri-lehmann.de unter der Rubrik „Straße des Tages“. Dabei werde ich mich natürlich auch mit Schülern, Eltern, Lehrern und Kirchenvertretern – also den Betroffenen – über das Thema „Religionsunterricht“ unterhalten. Außerdem schreibe ich in dieser Woche alle Schulen und Kirchen in meinem Wahlkreis an und würde mich über ein persönliches Gespräch freuen.

① Ein Einheitsfach ist abzulehnen. Die FDP und ich sprechen sich für Wahlfreiheit aus.

② Wahlpflicht ist die beste Lösung. Jede/r SchülerIn soll wählen können. Es geht hier nicht um besser oder schlechter, sondern um die Wahlfreiheit.

③ Ja. Die FDP hat die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion mit der Alternative Ethik/Philosophie als eines ihrer Ziele in ihr Wahlprogramm aufgenommen.

④ Die FDP verfolgt genau dieses Ziel.

⑤ Neben meinen Themen Arbeit, Soziales und Frauen, die meine Schwerpunkte bilden, bin ich selbstverständlich auch in Sachen Bildung an vorderster Front engagiert. Anbei noch mein innerparteilicher Antrag zum Gender-Unterricht an Schulen. Da würde mich mal Ihre Meinung interessieren...

Björn Matthias Jotzo (Charlottenburg-Wilmersdorf WK 7)

- ① Durch die Einführung von Ethik als Pflichtfach ohne Wahlmöglichkeit wird ein falscher Weg beschritten. Es soll Sache der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Eltern sein zu entscheiden, ob ein bestimmtes religiöses Bekenntnis bei der Wertevermittlung vorrangig berücksichtigt werden soll oder nicht. Daher ist nur eine Wahlfreiheit zwischen Religions- und Ethikunterricht zielführend.
- ② Wenn es zu einer Verdrängung des Religionsunterrichts kommt, ist es Sache der Politik, rechtzeitig gegenzusteuern und darauf hinzuwirken, dass die Rahmenbedingungen für Wahlfreiheit wieder hergestellt werden. Hierfür werde ich mich einsetzen.
- ③ Ich werde mich aus grundsätzlichen Erwägungen für eine solche Änderung einsetzen. Die Möglichkeit der schulischen Wertevermittlung auf der Grundlage eines religiösen Bekenntnisses ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Ich selbst habe freiwillig christlichen Religionsunterricht gewählt und habe dort wichtige Hilfen für meine Lebensgestaltung erhalten. Diese Möglichkeit sollte jedem auch in Zukunft wahlweise anstelle eines "bekenntnisneutralen" Ethikunterrichts eröffnet sein.
- ④ Berlin darf hier nicht zurückstehen. Ich trete mit der FDP dafür ein, dass jedes anerkannte religiöse Bekenntnis die Möglichkeit haben muss, für die Wertevermittlung von den Betroffenen ausgewählt zu werden. Dies gilt insbesondere für eine für Berlin so wichtige Religion wie den Islam.
- ⑤ Alle Haushalts- und Baupolitiker habe ich grundsätzlich andere Zuständigkeiten. Dennoch werde ich, wann immer das Thema zur Diskussion steht, meine Position hierzu in dem obigen Sinne öffentlich und mit allem Nachdruck vertreten.

Thomas Seerig (Steglitz-Zehlendorf WK 1)

- ① Die Liberalen lehnen jede Einschränkung der Wahlfreiheit ab, auch in diesem Punkt. Ein Einheitsfach Ethik ist daher inakzeptabel, zumal es dem Willen vieler Eltern widerspricht.
- ② Die FDP erwartet und befürchtet, dass die Einführung des Einheitsfaches Ethik den Religionsunterricht verdrängt. Dies ist für uns nicht akzeptabel.
- ③ Die Berliner Liberalen haben die Schaffung einer Alternativen Ethik vs. Religionsunterricht in ihrem Wahlprogramm verankert und werden für die Umsetzung der Wahlfreiheit streiten.
- ④ Die Berliner Liberalen streben diese bundeseinheitliche Regelung an.
- ⑤ Bildung ist das zentrale Wahlkampfthema für mich neben der Wirtschaft. Dabei ist diese genannte Thematik ein Beispiel der verfehlten Politik des derzeitigen Senats. Darauf werde ich im Wahlkampf hinweisen.

Jan Ziegenhagen (Steglitz-Zehlendorf WK 2)

- ① Ich bin als liberal denkender Mensch grundsätzlich immer für eine Wahlfreiheit des Bürgers und gegen vom Staat aufgezwungene Verpflichtungen.. Insofern bin ich der Meinung, dass den Eltern für ihre Kinder eine Wahlmöglichkeit eingeräumt werden muss.
- ② Im Sinne einer "echten" Wahlmöglichkeit sollte meines Erachtens eine Gleichrangigkeit zwischen Religionsunterricht und Ethik erhalten bleiben.
- ③ Obwohl der politische Schwerpunkt meiner Arbeit nicht in diesem Bereich liegt, werde ich eine mögliche entsprechende Gesetzesinitiative der FDP, die eine Wahlmöglichkeit beinhaltet, unterstützen.
- ④ Ich gestehe, dass mir als "Nicht-Fachmann" der konkrete rechtliche Status des Religionsunterrichtes im Einzelnen nicht bekannt ist. Dennoch bin ich der Auffassung, dass islamischer Religionsunterricht selbstverständlich integrierter Teil eines Religionsunterrichtes in der Schule sein sollte.

⑤ Die FDP wird diesem Thema einen großen Raum im Wahlkampf geben. Eigene Veranstaltungen zu diesem Thema in meinem persönlichen Wahlkampf sind jedoch nicht vorgesehen.

Sylvia Maria von Stieglitz (Steglitz-Zehlendorf WK 4)

① Die Einführung eines Einheitsfaches Ethik halte ich für nicht richtig. Wir als FDP sprechen uns für die Aufrechterhaltung des Religionsunterrichtes und die damit verbundene Wahlfreiheit aus.

② Der Religionsunterricht wird durch die Einführung des Einheitsfaches Ethik konsequent verdrängt. Dies kann und darf nicht der Fall sein. Die FDP spricht sich dagegen aus. Ich persönlich erachte die Einführung von Ethik und die damit unvermeidlich verbundene Verdrängung des Religionsunterrichtes für verkehrt. Ich werde mich stark dafür einsetzen, dies zu verhindern.

③ Die FDP hat die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion mit der Alternative Ethik in ihrem Wahlprogramm verabschiedet. Ich werde mich selbstverständlich dafür einsetzen, dass diese Wahlfreiheit für die Schüler und Schülerinnen gewährleistet wird.

④ Die FDP setzt sich für die Einführung des islamischen Religionsunterrichtes an den Berliner Schulen ein. Hierbei bleibt zu beachten, dass der islamische Religionsunterricht von gut ausgebildeten und qualifizierten Lehrkräften angeboten und durchgeführt wird. Wir dürfen uns nicht verschließen gegenüber den Vorbildern aus anderen Bundesländern. Wir müssen gemeinsam mit Kirchen, Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften einen fundierten Wahlpflichtunterricht einführen.

⑤ In den bevorstehenden Wahlkampfveranstaltungen werde ich als Kandidatin der FDP die Thematik „Religionsunterricht/Ethik“ auf jeden Fall ansprechen. Diese Thematik ist eng verbunden mit den Erfordernissen der Aufrechterhaltung von Werten und Toleranz in unserer Gesellschaft. Den Schülerinnen und Schülern sollte es ermöglicht werden, einerseits Kenntnisse in ihrer eigenen Religion zu vertiefen, sich andererseits über die Inhalte der Religionen und Weltanschauungen ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler informieren zu können. Dies stärkt die eigene Entwicklung von Werten und führt zu mehr Verständnis und Toleranz. Insbesondere hier in Berlin, der Stadt mit einer enormen kulturellen und religiösen Vielfalt, ist es sehr wichtig, dass wir dieser interkulturellen Vielfalt in Gesprächen den notwendigen Raum geben.

Sebastian Kluckert (Neukölln WK 4)

① Die FDP lehnt die Einführung des Pflichtfaches Ethik ab, weil dieses Pflichtfach den wichtigen Religionsunterricht aus den Schulen verdrängt und für Liberale die Wahlfreiheit von Schülern und Eltern hohe Bedeutung hat.

② Für mich ist es höchstwahrscheinlich bzw. zwangsläufig, dass der Religionsunterricht durch das Pflichtfach Ethik verdrängt wird. Ich werde mich in jedem Falle, für die Einführung von Religion als Wahlpflichtfach weiterhin einsetzen.

③ Religion besitzt für mich als Christen einen hohen Stellenwert in meinem Leben. Daher werde ich mich aus grundsätzlichen – und nicht aus praktischen – Erwägungen weiterhin für die Veränderung des Schulgesetzes dahingehend einsetzen, dass Religion ordentliches Wahlpflichtfach an den Schulen wird.

④ Der zurzeit nicht staatlich kontrollierte islamische Religionsunterricht hat in Neukölln dazu geführt, dass der Anteil von Mädchen mit Kopftuch steigt und der Respekt gegenüber Lehrerinnen rapide abnimmt. Ein staatlich kontrollierter islamischer Religionsunterricht ist daher unbedingt notwendig.

⑤ Schulpolitik steht neben der Wirtschaftspolitik ganz oben auf der liberalen Agenda. Religion als Wahlpflichtfach ist eine unserer zentralen Forderungen. Auf die kirchen- und religionsfeindliche Politik des rot-roten Senates werde ich bei jeder sich bietenden Gelegenheit aufmerksam machen.

André Rotte (Treptow-Köpenick WK 2)

- ① Die Einführung von Ethik als Pflichtfach gegen den Willen der unmittelbar Betroffenen ist nicht akzeptabel. Ich spreche mich entschieden für die Wahlfreiheit aus.
- ② Der Religionsunterricht wird durch die Einführung von Ethik an den Rand gedrängt werden. Dies ist absolut nicht hinnehmbar.
- ③ Ja. Die Eltern und SchülerInnen sollten frei wählen können, welchen Unterricht Sie für sich befürworten.
- ④ Dieses Ziel wird von der FDP verfolgt.
- ⑤ Ich werde diese Thematik berücksichtigen und ansprechen. Berlin darf sich bei dem Thema Religion nicht von dem Rest der Bundesrepublik abkoppeln.

Matthias Lefarth (Treptow-Köpenick WK 5)

- ① Ich bin für Wahlfreiheit und gegen ein Pflichtfach. Als bekennender Christ bin ich für das Fach Religionsunterricht. Unsere Kinder besuchen selbst sowohl den evangelischen als auch den katholischen Religionsunterricht.
- ② Hier muss gegengesteuert werden, m. E. wird mit dem Pflichtfach Ethikunterricht der Religionsunterricht verdrängt werden. Deshalb bin ich ja für den Erhalt der Wahlfreiheit.
- ③ Ja, in jedem Fall!
- ④ Berlin sollte dem Vorbild der anderen Länder folgen!
- ⑤ Ich trete offensiv für den Erhalt der Wahlfreiheit ein. Als bekennender Christ spreche ich mich für Religionsunterricht an den Schulen aus.

Volker Thiel (Treptow-Köpenick WK 6)

- ① Ich halte diese Entscheidung für ein bewusstes politisches Signal, die Kirchen in der Öffentlichkeit zurück zu drängen und finde sie deshalb falsch.
- ② Dringenden Handlungsbedarf auf Seiten der Legislative.
- ③ So weit das meine Möglichkeiten zulassen.
- ④ Entsprechende Initiativen müssen vor der Exekutive vorgeschlagen bzw. der Legislative initiiert werden. Meine Bereitschaft zur Unterstützung ist vorhanden.
- ⑤ Sie ist ein Beispiel für eine konsequente sozialistische und damit atheistische Politikausrichtung, die meinem liberalen Politikverständnis diametral gegenübersteht: wer eine schleichende Gesellschaftsveränderung verhindern will, kann nicht Rot-Rot wählen!

Wilfried Unbereit (Lichtenberg WK 1)

- ① Die Wahlfreiheit muss ohne Einschränkung erhalten bleiben. Die Einführung des Pflichtfaches Ethik ist eine große Gefährdung zur Bildung einer persönlichen Weltanschauung. Hier erfolgt eine Gleichstellung, die unserer Freiheit, eine innere Zuwendung persönlich zu einer Religion, in grobem Maße widerspricht.

- ② Die Einführung dieses Pflichtfaches ist der Anfang von Zurückdrängung einer freien Meinungsbildung in der Gesellschaft.
- ③ Ich bin für eine grundsätzliche Regelung. Die Wahlfreiheit muss wieder hergestellt werden.
- ④ Wir sind geprägt von christlicher Moral, von christlichem Kulturgut und nicht zuletzt vom Christentum selbst. Alles andere soll sich einreihen.
- ⑤ Neben anderen Notwendigkeiten wird dieser angesprochene Sachverhalt seinen großen Stellenwert einnehmen, und zwar in der kompromisslosen Haltung, wie oben aufgeführt.

Sibylle Meister (Reinickendorf WK 1)

- ① Ich bin der Auffassung, dass der Wahlfreiheit eine hohe Priorität beigemessen werden muss. Daher lehne ich das Einheitsfach „Ethik“ ab.
- ② Mit der Einführung des Einheitsfaches Ethik wird der herkömmliche Religionsunterricht an den Rand gedrängt. Darin sehe ich ein großes Problem.
- ③ Ja. Dies entspricht dem Beschluss des FDP-Landesverbandes.
- ④ Dieses Ziel ist richtig. Auch Berlin muss diesen Weg beschreiten.
- ⑤ Ich bin eher für haushalts- und kulturpolitische Fragestellungen zuständig - wenn die Thematik „Religionsunterricht/Ethik“ im Wahlkampf angesprochen wird werde ich klar Position für ein Wahlpflichtfach Religion mit der Alternative Ethik/Philosophie beziehen.

Mieke Senfleben (Reinickendorf WK 6)

- ① Die Einführung eines Einheitsfaches Ethik gegen den Willen der Betroffenen ist nicht hinnehmbar. Die FDP spricht sich entschieden für die Wahlfreiheit aus.
- ② Durch die Einführung des Einheitsfaches Ethik wird der Religionsunterricht zwangsläufig an den Rand gedrängt. Darauf hat die FDP immer wieder hingewiesen. Wir werden uns nicht damit abfinden.
- ③ Ja. Die FDP hat die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion mit der Alternative Ethik/Philosophie als eines ihrer Ziele in ihr Wahlprogramm aufgenommen.
- ④ Die FDP verfolgt genau dieses Ziel.
- ⑤ Ich werde als bildungspolitische Sprecherin der FDP der Thematik „Religionsunterricht/Ethik“ einen hohen Stellenwert beimessen und dies in den kommenden Wahlkampfveranstaltungen auch deutlich hervorheben! Es ist mir persönlich sehr wichtig, dass Berlin hier keinen Sonderweg einschlägt, sondern gemeinschaftlich mit Kirchen, Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften einen fundierten Wahlpflichtunterricht einführt.

Die Anfrage

■ **EVANGELISCHE KIRCHE**
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
■



Erzbistum Berlin

Konsistorium der EKBO – Referat Religionsunterricht
Georgenkirchstraße 69, 10249 Berlin
Telefon 24344-332, Fax 24344-333

Erzbischöfliches Ordinariat Berlin – Abteilung Religionsunterricht
Niederwallstraße 8-9, 10117 Berlin
Telefon 32684-176, Fax 32684 -233

Berlin, im Juni 2006

#Adresse#

Betr.: Fragen an Direktkandidatinnen und -kandidaten für die Wahl zum Abgeordnetenhaus

#Anrede#

der Religionsunterricht ist nach dem Urteil vieler Eltern, Pädagogen und bildungspolitischer Verbände durch die Einführung des Pflichtfachs Ethik im kommenden Schuljahr benachteiligt und gefährdet. Sie treten wie die Kirchen weiterhin entschieden dafür ein, dass zwischen Ethik und Religionsunterricht frei gewählt werden kann.

Für viele Wählerinnen und Wähler ist die Haltung der künftigen Abgeordneten zum Religionsunterricht ein wesentlicher Aspekt ihrer Wahlentscheidung. Grundlage dafür sollen Antworten der Kandidierenden auf fünf Fragen zum Religionsunterricht sein: „Wie halten Sie es mit dem Religionsunterricht?“ Wir denken, dass ein oder zwei Sätze zu jeder Frage ausreichen, um Ihre eigene Position zu verdeutlichen.

Die Antworten sollen zusammengefasst und Interessierten in Schulen und Kirchengemeinden sowie den Medien zur Verfügung gestellt werden. Die Positionen können dann im jeweiligen Wahlkreis veröffentlicht (Schaukästen, Gemeindebriefe, regionale Zeitungen) und auch zur Grundlage von Diskussionen bei Wahlveranstaltungen gemacht werden.

Wir erbitten Ihre Antwort bis zum 5. Juli 2006. Bitte, übermitteln Sie diese möglichst als E-Mail an folgende Adresse: m.schweising@ekbo.de. Später eintreffende Antworten können für die Auswertung voraussichtlich nicht mehr berücksichtigt werden. Es wird dann wie bei denen, die überhaupt nicht antworten, leider vermerkt werden müssen „keine Antwort“.

Wir sind gern bereit, Sie in Veranstaltungen zu unterstützen, bei denen Sie Fragen der schulischen Bildung, insbesondere des Ethik- und Religionsunterrichts, zum Thema machen wollen. Bitte, nehmen Sie dazu Kontakt mit uns auf.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen-R. Schultz
Konsistorium der EKBO

Hans-Peter Richter
Erzbischöfliches Ordinariat

Fragen: folgende Seite

Die Fragen sind auf der Titelseite abgedruckt.

Der Termin für eine Rücksendung (hier 5. Juli 2006) wurde bei einem späteren Versand dieses Schreibens verändert.